

Bezugspreis: Vierteljährlich 12.- M. monatlich 12.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die feingedruckte Nonpareilzeile ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 29. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Streik in den Elektrizitätswerken.

Der Magistratsbeschluss.

Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung vom Montag: Unter der Voraussetzung, daß die Angestellten den letzten Schiedsspruch annehmen ...

Die Versammlung der Angestellten.

Mit diesem Magistratsbeschluss beschäftigte sich am Montagabend eine Versammlung der Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke ...

die Streikgenehmigung erteilt

Hierbei wurde auf Befragen festgestellt, daß die sämtlichen Gehälter wie sonst, Montag nachmittag, gezahlt wurden ...

Die Frist läuft ab.

Wo bleibt die Erfassung der Sachwerte?

Am 15. Januar läuft die Frist für die Leistung einer halben Milliarde an die Entente ab. Schon vorher sind Abschlagzahlungen fällig ...

eine Einigung zu erzielen.

Die sozialdemokratischen Parteien ständen geschlossen hinter der Bewegung. Morgen früh beginnt der Streik! Es sei jetzt Schluss mit allen Verhandlungen ...

geschlossenes einseitiges Vorgehen.

Er erinnert an die Solidaritätskündigungen in den Sophienstraßen. Die Technische Rothhilfe warte nur darauf. Auch der Referent wendet sich gegen den Beschluss der technischen Gruppen ...

Arbeiterforderungen im Stadtparlament.

Die Stadterordnetenversammlung, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, beschloß sich gestern mit den Forderungen der Arbeiter. Der Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsschuld von 1000 M. und 250 M. für jedes Kind wurde abgelehnt ...

von London. Sollte es doch deutschen Volksbesitz in die Hände des Privatkapitals spielen, das bisher den Frieden und die Friedenspolitik bekämpft hat. Und dieses Ultimatum besteht noch heute zu Recht. Die Regierung aber verhandelt in Berlin, vermutlich auch anderwärts, aber sie tut nichts ...

Die Frist läuft ab. Die Regierung zaudert. Wir müssen von unseren Genossen, die an ihr teilnehmen und die bisher in unserem Sinne gewirkt haben, verlangen, daß sie diese Konsequenzen im Auge behalten. Dann gibt es nur eine Möglichkeit, die heißt: Vorbeugen! Die Industrie hat ihr Wort gebrochen, wenn sie nicht wagt, jetzt schon mit Garantien vor die Öffentlichkeit zu treten ...

Washington und wir.

Die Frage, die da und dort aufgeworfen wurde, warum sich die deutsche Regierung zur Rede Briands in Washington nicht geäußert hat, läßt sich sehr leicht beantworten. Deutschland ist zu der Konferenz in Washington nicht eingeladen worden ...

In der Welt aber, die nicht mehr ganz vom Bitterhaß verblendet ist, wird man sich nicht dem Gefühl verschließen, daß es ein recht eigenartiges Verfahren ist, auf einem Völkerkongress Anklagen gegen ein Volk zu erheben, das sich dort nicht verteidigen kann. Die Behauptungen Briands über die Notwendigkeit, Frankreichs Rüstungen aufrechtzuerhalten, die alle auf „die deutsche Gefahr“ abgestellt sind, müssen schon dadurch erheblich an Gewicht verlieren ...

Es ist wahr, daß es in Deutschland Leute gibt, die von Revanchen träumen, es ist wahr, daß der alte militaristische Geist noch nicht ganz erloschen ist, es ist wahr, daß es in Deutschland verdeckte Nester von Waffen und Munition gibt. Aber es ist ebenso wahr, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes den Frieden will und daß die verdeckten Nester noch nicht den zehnten Teil der Bewaffnung darstellen ...

Dem deutschen Standpunkt aus kann man es nur bedauern, daß Frankreich gegen einen deutschen Angriff nicht alle Bündnisgarantien erhalten hat, die es als Voraussetzung für seine Abrüstung hinstellt. Da in Deutschland kein seiner Sinne mächtiger Mensch an einen Angriff denkt, kann es uns an sich völlig gleichgültig sein, wieviel Bündnisse zur Abwehr eines solchen Angriffs abgeschlossen werden ...

Die Nichterfüllung des oft gehörten Wortes, daß nicht die Abrüstung der Flotten und der Armeen, sondern die Abrüstung der Geister entscheidend ist, befähigen die Verhandlungen von Washington mit jedem Tage. Technische Schwierigkeiten würden gelöst werden, wenn nicht zwischen den Völkern — auch zwischen den Alliierten und Affilierten des Weltkriegs — der Geist des Mißtrauens herrschte. Sie werden unüberwindlich bleiben, solange dieser Geist nicht überwunden ist. Die Londoner Rede Lord Curzons wäre unverständlich, wenn bei ihren Betrachtungen nicht ganz von der Ferne sogar auch die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Frankreich und England mitspiele. Solange bei der Rüstungsfrage an alle nur denkbaren Kombinationen von militärischen Zusammenhängen gedacht wird, solange nicht zwischen den Völkern wenigstens, die Hauptträger der Zivilisation sind, die Möglichkeit, sie könnten eines Tages ihre Streitigkeiten miteinander blutig erledigen, vollständig ausgeschaltet ist, werden alle Abrüstungskonferenzen vergeblich bleiben.

Allein schon die Konferenz von Washington ist ein Beweis dafür, daß der Vertrag von Versailles mit seiner Völkerbundspalte auf diesem Gebiet vollständig verjagt hat. Das laut gepredigte Kriegsel der Alliierten während des Weltkriegs war, daß dieser Krieg der letzte sein, daß ihm ein allgemeiner Dauerfrieden, eine allgemeine Abrüstung folgen sollte. Der Vertrag von Versailles sollte dieses Ziel verwirklichen — was ist daraus geworden? Eben das, was daraus werden mußte, da der Vertrag auf der Lüge aufgebaut war, daß Deutschland der Alliierten schuldige, der alleinige Träger kriegerischen Geistes in der Welt sei.

Die ganze Geschichte der Welt seit dem Frieden von Versailles liegt sich wie eine einzige Satire auf jene Behauptung. Deutschland ist abgerüstet worden, es wird von der Kontrollkommission täglich sozusagen bis aufs Hemd nach verbotenen Waffen durchsucht, trotzdem bleibt Frankreich gerüstet. Und der militärische Geist, der Deutschland gewaltig ausgetrieben wurde, ist in Frankreich hineingefahren, das heute unter der moralischen Siegerkrankheit nicht weniger leidet, als Deutschland je unter ihr gelitten hat. Die alliierten Mächte haben alles auf den Beweis angelegt zu haben, daß der Geist der Eintracht nur solange vorhält, wie man dabei ist, einen anderen gemeinschaftlich zu verhöhnen, daß er sich aber sofort in sein Gegenteil verwandelt, wenn es gilt, den Idealen gemeinsamen Völkerglücks nachzustreben.

Indes wäre nichts verkehrter, als solche Erscheinungen mit Schadenfreude zu registrieren. Denn der Gedanke des dauernden Friedens unter den zivilisierten Völkern, der Abrüstung der Geister und der aus ihr folgenden Abrüstung der Armeen, ist eine geistige Weltmacht geworden. Die Menschheit will sich um ihr Sehnsuchtsziel nicht immer wieder von Diplomaten und Generälen betrügen lassen. Im Kampf um dieses Ziel liegt eine der stärksten Zukunftsgarantien der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, und dasjenige Volk, das ihrem Geist mit Aufrichtigkeit dient, gewinnt damit vor den anderen Völkern einen gewaltigen moralischen Vorsprung. Deutschland, das im Konzert der Mächte noch immer zum Schweigen verurteilt ist, wird nicht immer schweigen müssen. Wenn die Zeit kommt, in der es seine Stimme wieder erhebt — und wir wissen nicht, wie bald sie kommt —, möge man aus seinem Munde nicht die Töne der alten Diplomatie vernehmen, sondern den Ruf eines Volkes nach jenem großen Ziel, das die Welt aus seiner Niederlage vergeblich erwartet hatte. Wir mußten ja, sagten die Diplomaten, geschlagen werden, dem dauernden Frieden, dem christlichen Bund gleichberechtigter Völker, der allgemeinen Abrüstung zuliebe. Jetzt fordern wir sie!

### Presse und Auswärtiger Ausschuss.

Die Beratungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind nach der Verfassung vertraulich. Es findet keine Sitzung dieses Ausschusses statt, in der auf diese Tatsache nicht noch besonders aufmerksam gemacht wird. Auch in der gestrigen Sitzung war das der Fall.

Tropfen bringen „Boss, Jtg.“ und „Berliner Tageblatt“ ausführliche Schilderungen interessanter Vorkommnisse, die sich in der Sitzung zugetragen haben. Von den Demokraten waren die Herren Kopsch und Hausmann anwesend; wir richten an sie die öffentliche Anfrage, ob sie die Schuldigen der verübten Indiskretionen sind.

Da es anscheinend kein anderes Mittel gibt, die betreffenden Herren und Zeitungen zur Anständigkeit zu erziehen, erklären wir: Falls kein Mittel gefunden wird, diesem Skandal ein Ende zu machen, wird der „Vorwärts“ fortan von jeder Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einen ausführlichen Bericht veröffentlichen. Es ist jedenfalls besser, wenn die anständige Presse zusammenhängende Berichte über die Verhandlungen veröffentlicht, als wenn sich Sensationsjournalisten aus den Verhandlungen das herausklauben, was ihnen paßt.

### Um das Memelland.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Montag, nachdem Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium Mitteilungen über den Stand des deutsch-belarussischen Handelsvertrages gemacht hatte, in der Erörterung der Verhältnisse im Memelland ein. Nach dem Friedensvertrage ist dem Deutschen Reich eine Vereinigung in der Memelfrage versagt. Allgemein war man der Ansicht, daß der deutsche Charakter des Memellandes erhalten werden müsse. Weiter erfolgte die Besprechung der allgemeinen außenpolitischen Lage, die streng vertraulich war. Der Reichskanzler sprach nicht in zusammenhängender großer Rede, sondern beteiligte sich nur an der Diskussion.

### Die Moskauer.

Die zerstreuten Mitglieder des Moskauer Künstlertheaters haben sich in Deutschland wiedergefunden, und sie spielen jetzt im Theater in der Königgräber Straße. Es sind wundervolle Schauspieler, die sich vollständig der Dichtung unterordnen. Stanislawski, der Meister, der sie schulte, gestattete nicht, daß irgendeine Persönlichkeit sich besonders hervorbränge. Die Regie wollte niemals das Komödiantentum übermäßig beleuchten, sondern der Schauspieler mußte sich biegen und modeln lassen, ehe er in die Gemeinschaft aufgenommen wurde. Es galt niemals die eigene Note, die so leicht zur Karikatur führt. Es wurde nur die Untertänigkeit vor dem poetischen Worte verlangt.

Jetzt spielen die Russen Tschechows Drama „Drei Schwestern“. Es ist das feine Trauerspiel der drei Frauen, die sich nicht in der fargen Blüdwirklichkeit behaupten können und am Schluß ihres Lebensweges fragen: Warum all dieses Leben? Warum all dieses Leben? Diese drei gebrochenen Schwestern sind vielleicht gar nicht ausschließlich russische Frauen. Die Leidenschaftliche, die ihren Sinnen folgt und dem trüglichen Soldaten in die Arme eilt, die Sanfte, die sich an den Träumer und Denker anschließt, die Herde und Säuerliche, die sich alle Reichlichkeit verjagt, um schwer als Lehrerin der Jugend zu arbeiten, diese drei in Trauer aufgelösten Schwestern bilden eigentlich eine Frauengemeinschaft, die auf der ganzen Erde leben könnte. Sie sind die verkörperten Seelenbilder des ewigen Frauenschmerzes. Sie haben etwas Unendliches in ihrer Endlichkeit und Gebundenheit. Tschechow, den Tolstoi innig liebte, der große Sammler seltsamer Menschen, mag die Regungen seiner Geschöpfe nicht breit beschreiben. Er deutet alles an, mag es Idylle sein oder tragische Bewirrung.

Die russischen Schauspieler deuten auch alles an. Sie sind von ungeheurer Gedämpftheit. Sie werden es niemals wagen, breitspurig ihre Rollen anzufassen. Es ist staunenswert zu sehen, wie diese Schauspieler sich sparsam bewegen, wie sie nicht die Mimik der Augen und der Hände vergruden, wie sie selbst mit dem Worte nur so umgehen, als wenn es sich um eine kostbare Miniatur handelte. Ist das ganze Stück ausgespielt, dann vergißt man beinahe den einzelnen Künstler. So sehr wird er reinzeln in das Dichtwerk eingeleitet, so beständig hat ihn der Regisseur der Dichtung unterzogen. Mit Behmut sehen wir diese Einheit des Zusammenspiels, die keinen Moment getrübt wird. Unsere deutschen Bühnen haben diese Einheit fast verloren. Man mende nicht ein, daß hier leicht Eintönigkeit entsteht. Nein, wichtigstes auf dem Theater ist immer nur das Werk des Dichters, und mögen die Komödiantentugenden des einzelnen Schauspielers auch noch so fesseln sein, ihre Einwirkung ist ein Mißbrauch, wenn nicht die Arbeit des Dramatikers unberührt und unverwandelt bleibt. Wer das Drama Tschechows vor der Aufführung studiert hat, bewundert mit Andacht die Hingebung dieser Künstler, die immer wieder nichts anderes wollen als die Treue vor dem gedichteten Worte.

So werde denn die Liste der wichtigsten Künstler gegeben, die in diesem russischen Theater spielen. Es ist gleichgültig, ob der eine über mehr Schminke, Sanftheit oder Verwandlungsfähigkeit verfügt als der andere, sie sind alle gleich wichtig, weil sie sich geduldig modeln

### England und Deutschland.

#### Reinworthis über den Friedensvertrag.

Ein Mitarbeiter des „Soziald. Parlamentsdienstes“ hatte am Montag eine Unterredung mit dem in Berlin anwesenden Mitglied der englischen unabhängigen liberalen Partei, dem bekannten Abgeordneten Reinworthis, einem der Führer der Opposition im Unterhause. Im Laufe der Unterhaltung erklärte Reinworthis u. a.:

„In England kennt man sehr gut die große wirtschaftliche Not, in der sich die deutsche Arbeiterklasse befindet. Man weiß auch, daß die Verelendung der deutschen Arbeiter die Verelendung der englischen nach sich ziehen muß. Unser lebhaftester Wunsch ist, mit dem deutschen Volke in gute und friedliche Beziehungen zu kommen. Wir wissen, daß es einen Unterschied gibt zwischen der großen Masse der deutschen Bevölkerung und den Reaktionen und Junkern. Nichts wird die früheren Beziehungen zwischen Deutschland und England schneller herstellen, als ein demokratisches und pazifistisches Deutschland. Ich bin hier als Gast und sehr gut aufgenommen worden. In die inneren Verhältnisse Deutschlands will ich mich nicht einmischen. Ich kann jedoch erklären, daß man Ludendorff in England nicht ernst nimmt. Er ist ein Bolschewist und verachtet. In England war diese Krankheit auch einmal verbreitet, und man schaute unter jeden Sessel, ob nicht ein Bolschewist darunter versteckt sei. Für den Plan Ludendorffs, mit Entente-Truppen gegen Sowjetrußland zu marschieren, wären in ganz Europa keine 5000 Menschen zu gewinnen. Wir wollen auch mit Rußland in Frieden leben. Es liegt im Interesse der deutschen wie der englischen Arbeiterschaft, daß der Strom der billigen deutschen Ware von England weg nach Rußland geleitet wird.“

Die Rede Briand's in Washington hat in England einen sehr schlechten Eindruck gemacht und findet dort keine Unterstützung.“

Auf die Frage, ob die englische Arbeiterschaft und die englischen unabhängigen Liberalen die Politik der englischen Regierung zugunsten einer Revision des Friedensvertrages beeinflussen könnten, antwortete Reinworthis:

„Ohne Zweifel ist dieser Einfluß der englischen Arbeiterschaft und der englischen unabhängigen Liberalen bereits so stark in Erscheinung getreten, daß sich heute fast die gesamte öffentliche Meinung zu unserer Auffassung bekennt. Dieser Einfluß wird sich weiter geltend machen.“

### Lloyd Georges angeblicher Reifegrund.

Washington, 28. November. (W.B.-Funkpruch nach „New York Tribune“.) Lloyd George liegt nach der Meinung gut unterrichteter Kreise viel daran, sich mit Harding und Hughes über die von Harding vorgeschlagene Gesellschaft der Nationen zu besprechen. Dies erklärt seine plötzliche Bestellung von Plätzen auf der „Aquitania“. Man nimmt an, daß die Absicht zum Schluß der Verhandlungen zu gelangen, ohne daß Deutschland befragt wird, wesentlich dazu beigetragen habe, Lloyd George zur Reise nach Washington zu bestimmen. Es ist seine Maxime, daß die Engländer bestrebt sind, für die Lage Deutschlands irgend etwas zu tun, was Deutschland wieder auf eine Grundlage stellt, auf der es möglich wäre, mit ihm Handel zu treiben, und gleichzeitig die Franzosen zu veranlassen, ihre Heereskräfte herabzusetzen. Weiter will Lloyd George in Washington eine zufriedenstellende Regelung wegen der amerikanischen Einwände gegen das englisch-japanische Bündnis herbeiführen.

### Rußland und Deutschland.

(III.) Der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Krestinski, gab einem Vertreter der Telegraphen-Union folgende Ausführungen über eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Fragen Sowjetrußlands:

„Der deutschen Industrie und dem deutschen Kapital eröffnen sich nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch in den mit Sowjetrußland eng verbundenen Sowjetnachbarstaaten, nämlich der Ukraine und den kaukasischen Staaten, große Betätigungsmöglichkeiten durch die Erwerbung von Konzessionen und durch Warenlieferungen. Es können auch Konzessionen zur Gründung neuer Industriewerke oder Verpachtung bereits bestehender vergeben werden, bei denen auch kleinere Unternehmungen in Frage kommen können.“

und gebrauchen lassen für den Geist des Dramatikers. Frau Geronowa, Frau Knipper-Tschewow, Frau Krikanowskaja, Frau Orlowa sind die bedeutendsten der Damen. Die Herren Rastlatinow, Tschanow, Katschalow, Beresnew, Balfschew, Pawlow stehen würdig neben ihren Gefährtinnen. Rag Hochdorf.

Die Franz-Diederich-Feier. Am Berliner Rathaus fand sich gestern Abend auf den Ruf der Volksbühne Franz Diederichs Gemeinde zur Feier des Toten zahlreich zusammen. Ernst Friedrich las aus unseres Freundes Schöpfungen. Stark, fest, klar — der Sprecher kennt des Dichters Art. Zuerst „Die Hämmer dröhnen“. Wir sehen die Weltwelt durch Diederichs liebend-offenes Auge; Aufschrei von Dingen und Menschen, lodrende Flammen, Leiden, jugendliches, sinnendes, singendes Herz im Schloß der Gewalt. Aus den Gedichten bläst die Reveille der Jungzeit des Sozialismus, tönen Kühnheit, Zorn und stolze Imperative! Ueber Diederichs Leben sprach Genosse Suiptold Stern aus Wien. Er gab kurzen Umriß des Lebensweges eines Gelehrten, den Herz und Hirn in die Reichen der jungen hoffnungsvollen Arbeiterklasse treiben. Er wird dort Träger und Kämpfer des tiefsten Kulturwillens, der im Sozialismus lebt. Tapferster Kämpfer aller Opfer schweren Weges. Kraftvoller Arbeiter, stammender Dichter, neue Wege weisender Journalist. Etwas weiß man weniger: daß er ein Dichter der Einsamkeit weiter Heide war, Sänger der Morgenröthe, des Kampfes werdenden Lichts. „Worpweder Stimmungen“ und „Die weite Heide“ sind Dichtungen, die leben bleiben werden bis zu den Tagen, in denen die Menschheit in die Gärten der Freude einzieht, von denen Diederich singt.

Zum Schluß sang Franz Diederichs frohe Seele durch den Mund einer Künstlerin, aus Geige, Klavier und englischem Horn. Ida Harth zur Neben sang, begleitet von Alfred Wittenberg, Emmy Gerloff und Borohki, aus den „Worpweder Stimmungen“. Das war der Abschied von einem Toten, der lebendiger als je unter uns war und bleibt. Artur Jidier.

Staatsoper. Vor wenigen Tagen wurde die „Bohème“ Buccinis mit zwei Vätern gegeben, die beide in der Berliner Staatsoper gute Figur für immer machen würden; Elisabeth Reithera und Richard Tauber aus Dresden. Diese zarte, leicht kränkelnde, stimmlich zierliche und fein klingende Stimme vertrat sich in allem gut mit dem frischen, ohne Dual und ohne Beigewürsch quellenden staubigen Tenor ihres Rudolfs. Man kann nur wünschen, daß die beiden so schön profilierten Künstler dauernd an Berlin gefesselt werden und dazu beitragen, einige der Bühnen auszufüllen.

Die Ausfüllung einer Repertoirelücke besorgte gestern das pantomimische Ballett „Der Zauberbeiger“, nach einer Idee der Gebrüder Grimm von Hans Grim zusammengefaßt. Der fremde Geiger küßt die Tochter des Königs, wird verraten, zum Tode verurteilt, spielt jedoch auf der Leiter zum Galgen noch einmal rattenfängerisch zum Tanze auf. Sehr lustig, wie sich die Schranzen und Höslinge drehen und immer wieder drehen müssen; auch die Scharrichter im roten Talar und die Sipolente mit blauweißen Schinger-Schürzen folgen mit. Schließlich ist man froh, daß der fremde Mann sein Instrument fortlegt und, in einen Prinzen

Die deutsche Industrie wird endlich durch den Verkauf ihrer Fertigfabrikate an die Sowjetregierung Geschäfte machen können. Bei der schwierigen ökonomischen Lage Rußlands ist für eine ausgedehnte Entwicklung eines derartigen Handelsverkehrs die Gewährung von Krediten Bedingung; da gerade die einzuführenden Fertigfabrikate die Gewinnung der Rohprodukte für den Export wieder in Fluß bringen sollen.“

Auf die Frage, wie die rechtlichen Verhältnisse der in Sowjetrußland sich betätigenden deutschen Unternehmungen und deren Angestellten und Arbeiter seien, antwortete Herr Krestinski:

„Selbstverständlich ist das Leben der in Rußland lebenden Ausländer, wie übrigens auch der russischen Bürger, genau so geschützt wie in jedem anderen europäischen Staate. Eine Verletzung des Konzessionsvertrages würde also eine Gesetzesverletzung sein und die entsprechende gerichtliche Aburteilung finden.“

Ueber die Kreditfrage äußerte sich Herr Krestinski folgendermaßen:

„In Sowjetrußland besteht der Freihandel auf Grund der neuereingeschlagenen ökonomischen Richtung. Dieser machte die Einrichtung des Bankwesens notwendig. Der Staat aber behielt sich das Bankmonopol vor; Privatbanken können also in Rußland nicht etabliert werden. Die Staatsbank hat ein ausgezeichnetes Personal von ersten Fachleuten. Zurzeit sieht sie in Verhandlungen mit auswärtigen Banken über die Art des Geschäftsverkehrs, besonders der technischen Durchführung der Geldüberweisungen.“

Die Gerüchte über die Tätigkeit der sogenannten „Sowjetemissäre“ in Deutschland bezeichnete Krestinski als Fingermärchen, die mehrmals widerlegt worden sind. Die russische Regierung sowohl als ihre Vertretung hier denkt nicht daran, sich irgendwie in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Die Sowjetregierung in Moskau und ihre Berliner Vertretungen haben selbstverständlich nicht das Geringste mit den Arbeiterunruhen in Deutschland zu tun, die wohl auch mit der augenblicklichen ökonomischen Lage Deutschlands zusammenhängen.“

Ueber die Haltung Sowjetrußlands zur Washingtoner Konferenz befragt, wies Herr Krestinski auf die Tschischersche Note hin, in der ausgeführt ist, daß Sowjetrußland gegen die Diskussion der fernöstlichen Fragen ohne seine Beteiligung protestiert und die eventuellen Beschlüsse der Konferenz für sich nicht als bindend erklärt.

### Wiedergutmachung.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Der Interalliierte Ausschuss in Opatowitz hat noch immer nicht die Regelung der in Oberschlesien während der Besatzungszeit durch die polnischen Partisanen der Bevölkerung zugefügten Schäden an Leib und Gut vorgenommen. Der Interalliierte Ausschuss als zeitweiliger Inhaber der Souveränitätsrechte in Oberschlesien hatte die Pflicht, die polnischen Partisanen zu verhindern; er ist daher für den Esay der durch die Nichtverhinderung entstandenen Schäden verantwortlich.

Da in nicht zu fernem Zeit mit der Auflösung des Interalliierten Ausschusses zu rechnen ist, hat sich das Preussische Staatsministerium an die Reichsregierung gewandt und um sofortige Einleitung entsprechender diplomatischer Schritte gebeten.

Warschau, 28. November (D.E.). Zum stellvertretenden Vorsitzenden der polnischen Kommission für die Verhandlungen mit Deutschland über Oberschlesien ist der Abg. Jędrzejewicz (Nationaldemokrat) ernannt worden.

Ob das derselbe Dr. Jędrzejewicz ist, der wie Koronka und Trampczak preussischer Landtagsabgeordneter war, ist nicht bekannt, aber sehr wahrscheinlich.

Das gefährliche Deutschösterreich. Die Einrichtung einheitlich organisierter Unteroffizierskassen für das deutschösterreichische Bundesweh ist von der Entente-Kommission als Verletzung des Alliiertenvertrages erklärt worden und muß unterbleiben. — An der Universität Paris ist probeweise eine militärische Ausbildung der Studenten eingeführt worden. Die Teilnahme ist freiwillig, wird jedoch Pflicht, sobald sich der Student einmal zur Teilnahme entschlossen hat.

verwandelt, die Prinzessin unter dem Segen des Königs heimzuführen darf. Vier Trompeten aus Wilhelms Zeiten begleiten die Prozession.

Ein Märchen ohne Vorbehalt, mit wenig Idee und guten Anfängen zum Tanzen. Das besorgte Elisabeth Grube mit seinen Begleitungen und Schritten, Krüller und Léon mit apter Routine. Viel Neues war nicht zu sehen. Die Gemeinamkeitstänze blieben sogar in der Schablone stecken. Musik lang dreieriertel Stunden lang. Stimmte sie von Hans Grimm? Sie ist jedenfalls von einem tüchtigen Kapellmeister gemacht und gibt in harmloser Instrumentation leidliche Stichworte. Im ganzen ist sie so physioognomisch wie das Stück. Dr. Weichmann leitete die hübsche Ueberführungsfeier; für den stärkeren Teil des Abends — die Suite zum „Bürger als Edelmann“ und „Josephslegende“ — war Strieder bestell.

Noch schlummer als Käthe Kollwitz! Die Kunstblätter, die unser Bildungsausschuss herausgibt, haben den stammenden Jörn der „Deutschen Arbeiterzeitung“ entzogen. In ihrer Nr. 48 vom 27. November schreibt sie über Sella Hasses „Heimkehr der Arbeiter im Hamburger Hafen“, die sie in der Reproduktion von „Volk und Zeit“ kennen lernte:

„Ein „Kunstblatt“, das der Bildungsausschuss Groß-Berlin für die Vereinfachung angekauft hat und möglichst in jeder Arbeiterwohnung als Zimmerschmuck angebracht haben möchte. Eine nicht ungeschickte, aber widerwärtige und abstoßende Tendenzmalerei! Die gezeichneten Arbeiter werden so recht als ausgegemalt, halbverhungerte, verbissene Bohnenklaven dargestellt, die Köpfe zur Erde gesenkt, Hohn und Unzufriedenheit in den Augen und Mundwinkeln! Die Zeitung bringt auch andere Lithographien aus dem Arbeiterleben, und überall ist es diese Sella Hasses, von der Käthe Kollwitz an Kollwitzkampfskunst noch weit übertroffen wird, freilich gelungen, die blutigen Leitartikel einer verheerenden Parteipresse bildlich zu überbieten. Fürwahr ein großartiger, bildender und veredelnder Zimmerschmuck.“

Diese vernichtende Kritik trägt die Epithete „Wie man dem Volk die Arbeit vererbt!“ Wir wollen hoffen, daß der Bildungsausschuss jetzt ein Einsehen hat, und auf seinen nächsten Kunstblättern nicht mehr „ausgemalt, halbverhungerte, verbissene Bohnenklaven“, sondern die fettglänzenden, saften und zufriedenen Götter der „Deutschen Arbeiterzeitung“ darstellt, die häupter stolz gen Himmel erheben, Schieberlust und Hamsterfreude in den Augen und den triefenden Mundwinkeln. Dieser „fürwahr bildende und veredelnde Zimmerschmuck“ müßte den Titel „Der Segen der Arbeit“ führen und würde zweifelsohne die blutigen Leitartikel einer verheerenden Parteipresse vertunnen machen. Bevor aber diese neue Serie erschienen ist, wird unseren Genossen leider nichts anderes übrig bleiben, als mit der „nicht ungeschickten, aber widerwärtigen und abstoßenden Tendenzmalerei“ der Sella Hasses vorlieb zu nehmen, und wir raten ihnen, die „Heimkehr der Hamburger Hafenarbeiter“ zum Schmuck des eigenen Heims und als Weihnachtsgeschenk recht fleißig zu kaufen. Der Preis der Lithographie ist 10 M.

Stefan-Zweig-Abend. Für den Künstlerdank las Stefan Zweig eine unveröffentlichte Novelle: „Die unbekanntete Frau“. In edlem, klarem Stil erzählt der Dichter darin eine seltsame Liebesgeschichte. Ein 18-jähriges Mädchen verliebt sich in einen jungen, eleganten,

## Die abgerüstete Schwerindustrie.

Auf der diesjährigen Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute hielt Geh. Baurat und doppelter Ehrendoktor Emil Ehrensberger, Traunstein, einen Vortrag über das Thema: „Geschichte der Herstellung der Panzerplatten in Deutschland.“ Eine im Zeitalter der Entwarnung geradezu lebenswichtige Frage! Bei dieser Gelegenheit erinnerte er an eine längst bekannte Tatsache, nämlich daran, daß Krupp's Panzerplatten von allen Marinen der Welt eingeführt wurden und bis heute in Gebrauch geblieben sind. Es ist gut an solche Dinge erinnert zu werden. Man sieht daraus, daß der schwerindustrielle Kapitalismus immer international gewesen ist und „Heimland“ wie Vaterland in gleicher Weise mit Waffen bedacht hat. Sollte der neu erwachte Nationalismus dieser Herren, der das deutsche Volk immer tiefer ins Elend hineinzieht, im Zusammenhang stehen mit dem Verlust des glänzenden Geschäfts den „Feinden“ ihre Rüstung liefern? Dieser Schluß wird doppelt nahegelegt dadurch, daß der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Böglger kurz vorher über den Verlaufs der deutschen Wirtschaft eindringliche Klage führte.

## Die hessischen Landtagswahlen.

Darmstadt, 28. November. (W.B.) Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnis der hessischen Landtagswahlen tritt in der Verteilung der Sitze eine Aenderung ein, und zwar erhalten: Sozialdemokraten 24, Zentrum 12, Demokraten 5, U.S.P. 2, N.P.D. 2, Deutsche Volkspartei 10, Deutschnationale Volkspartei 4, Bauernbund 11 Sitze. Die alte Regierungskoalition verfügt über 41 Mandate gegenüber 29 Mandaten der Opposition. Gegenüber den ersten Meldungen hat sich also das Gesamtbild um 1 Mandat zugunsten der bisherigen Koalition verschoben.

## Pfannkuchs 80. Geburtstag.

Dem Genossen Wilhelm Pfannkuch wurden gestern aus Anlaß seines 80. Geburtstages wohlverdiente Ehrungen aller Art zuteil. Aus Stadt und Land waren dem Jubilar eine Menge Briefe und telegraphischer Gratulationen zugegangen. Vormittags erschienen persönlich Oberbürgermeister Vöhl, Bürgermeister Ritter mit zahlreichen Mitgliedern des Magistrats, denen sich Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Caspari, mit den Stadträten Geheimrat Dove, Werten und anderen Herren angeschlossen hatten. Auch Abgeordnete des Reichs- und Landtages brachten Glückwünsche dar.

## Keine Gemeinschaft mit diesen Leuten!

Unter dieser Überschrift machte die unabhängige „Freiheit“ gestern abend folgende bemerkenswerte Ausführungen: In der kommunistischen Presse hat ein wildes Schimpfen auf die „menschenwürdigen“ Führer und die „Gewerkschaftsbureaufraße“ eingelegt. Die Presse unterschlügt zwar ihren Lesern die Berichte ihrer eigenen Führer über die Vorbereitungen für den Märzputsch, sie glaubt aber ihre Position dadurch retten zu können, daß sie jetzt über die „zerfallene Einheitsfront“ jammert. Die „rote Fahne“ insbesondere macht sich das dumme Vergnügen, einen Gegensatz zwischen der Redaktion der „Freiheit“ und den leitenden Instanzen unserer Partei herauszufinden. Wie wollen dazu mit aller Eindringlichkeit erklären, daß kein Mensch unserer Partei daran denkt, eine Gemeinschaft mit jenen Leuten zu bilden, die der schwersten Verbrechen an der Arbeiterklasse schuldig sind. Diese Leute stehen noch jetzt an der Spitze der kommunistischen Partei, nachdem sie diejenigen, die ihren verrückten Methoden nicht folgen wollten, hinausgeworfen haben. Man mag zugeben, daß sie selbst nicht frei in ihren Handlungen sind, sondern die Gebote jener Herren aus Mostau ausführen müssen, die der frühere Vorsitzende der kommunistischen Partei mit vollem Recht als Verbrecher bezeichnet hat.

Die „Freiheit“ verweist in diesem Zusammenhange mit Recht auf die Haltlosigkeit des kommunistischen Einheitsgeredes, das nichts anderes als den verschleierte Versuch be-

viel ungeschwämmten Künstlers, der sie nicht einmal kennt. Obwohl sie — durch den Umzug der Eltern in eine andere Stadt — aus seiner Nähe kommt, erhalten sich nicht nur, sondern verstärken sich ihre Gefühle für ihn. Zurückgekehrt, folgt sie ihm einfach von der Straße herauf in seine Wohnung, bleibt bei ihm und geht ungenant wieder von ihm weg. Sie leidet darunter, daß er sie nicht sucht; erhält ein And von ihm, ohne daß er etwas davon erfährt. Wiedersehen und der Tod am Ende beschließen ein Frauenideal, das für seine Dauer im Abtismus der ersten Mädchenschwärmerei gefangen bleibt. Stephan Zweig fand verständnisvolle und dankbare Zuhörer.

**Chlorodin-Sucht.** Die britische Menschheit ist auf der Jagd nach neuen Betäubungs- und Veranschungsmitteln bei dem Chlorodin angelangt, einer Droge, die ähnliche Wirkungen wie Morphium und Kokain ausübt und die bisher in englischen Apotheken sehr leicht zu erhalten war. Wie englische Blätter berichten, hat diese Chlorodin-Sucht einen großen Umfang angenommen und zahlreiche Opfer gefordert. Die Mengen, die davon im freien Verkauf zu erhalten sind, wirken so stark, daß sie bei längerem Gebrauch die Gesundheit völlig untergraben und aus den Chlorodin-Süchtigen menschliche Bräus machen. Der Chlorodin-Dämon hat besonders Frauen ergriffen, doch scheint er zunächst von aus den Tropen zurückgekehrten eingeschleppt worden zu sein, die dort Chlorodin gegen Ruhr erlitten und es sich dann nicht mehr abgewöhnen konnten. Die englischen Behörden haben nun Mittel ergriffen, um gegen dieses neueste Laster einzuschreiten, und in Apotheken den Verkauf nur noch auf ärztliche Rezepte hin gestattet.

**Das Paradies der Verbannten.** Daß der Verbannungsort des Königs Karl wenig Ähnlichkeit mit St. Helena hat, weiß man. Dem von der Kälte geplogten und den Unbilden des Winterwetters entgegengedehnten Europäer beschleicht ein Gefühl des Reids, wenn er sich das Paradies vorstellt, in das den Thronpräsidenten sein mihlungener Staatsstreich verschlagen hat. Die Villa Victoria, in der Karl v. Habsburg mit seiner Frau zwangsweise Quartier bezogen hat, erhebt sich einer herrlichen Lage auf einem sich westlich von Funchal erhebenden Hügel. Der Garten der Villa prangt in dem üppigen Kleid einer tropischen Vegetation, die an Reichtum und Mannigfaltigkeit ihresgleichen sucht. Jetzt im November erfüllt dort die laue Lust der Düst der üppigsten Flora. Die Gitter der Villa sind von Pomeranzengeweigen umzogen, das ein duftiges Gewir über Giebel und Wände spinnt. Darunter bereitet sich ein buschiger Blütenrepp, dessen verwirrende Farbenpracht das Auge entzückt. Überall blühen und duften Rosen aller Arten, und in der Tiefe des Tals schimmert das glänzend blaue Auge eines kleinen Sees. Palmen und baumhohe Farnkräuter sind in Funchal so gewöhnlich, daß man kaum mehr Notiz von ihnen nimmt. Und über allem wölbt sich der reine, sonnendurchleuchtete Himmel Madeiras, den kein Wölkchen trübt und kein Nebelschleier umhüllt.

**Schleiflandänderung.** Am 2. Auf die Welt geht von heute ab Lautenlands „Hosenlamp“ täglich in Szene.

**Arbeiter-Kunhaushaltung.** Ernst Friedrich bringt heute Dichtungen und Hans Konara hat heute wieder am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7½ Uhr, Petersburger Straße 32.

# Das Deutschland der Arbeit.

Begrüßung der Auslandsdelegation durch die Gewerkschaften. — Besichtigung der Deutschen Werke in Spandau.

Im weiteren Verlaufe ihrer Besichtigungsreise durch ganz Deutschland, über die wir in den letzten Tagen bereits verschiedentlich berichtet, sind etwa vierzig ausländische Teilnehmer an der Genfer Arbeiterkonferenz unter Führung der Genossen Wissell und Baumeister in der Reichshauptstadt eingetroffen. Sie waren am Sonntagabend bei den deutschen Gewerkschaftsvorständen zu Gast, die ihnen zu Ehren einen Begrüßungsabend veranstaltet hatten, an dem die Reichsregierung durch die Genossen Robert Schmidt und Bauer, den Staatssekretär Prof. Hirsch u. a., sowie Vertreter der Arbeiterpresse und der linksbürgerlichen Berliner Blätter teilnahmen. Diese erste Eindrucksreise vollzog sich ohne jegliche Formalitäten, und eine kurze, taktvolle Willkommensansprache des zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genossen Peter Graumann, brachte die ausländischen und die deutschen Teilnehmer durch ihre Herzlichkeit und Offenheit sofort einander näher. Namentlich die wenigen Worte, mit denen der Vertreter der deutschen Gewerkschaften sich zu der Politik der Erfüllung bekannte und den Revanchegedanken scharf ablehnte, machten auf die Teilnehmer starken Eindruck. Im Namen der ausländischen Gäste dankte der Vertreter des „Daily Chronicle“, Robert Dell, ein bekannter englischer Internationalist in warmen Worten für den Empfang und schloß unter allgemeinem Beifall mit dem Wunsche, daß diese Reise ein Zeitalter der Freundschaft zwischen Deutschland und den anderen Völkern einleiten möge.

Die Mehrzahl der Teilnehmer an der Studienreise besteht aus Vertretern der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsführern oder sozialistischen Pressevertretern, darunter: Tom Moore und Arthur Martel, Vorsitzender, bzw. zweiter Vorsitzender des kanadischen Gewerkschaftsbundes; Leon Jouhaux, Generalsekretär der französischen CGT.; Louis Thomas, Redakteur des Pariser Zentralorgans der CGT. „Peuple“; Arthur Pugh, Generalsekretär des englischen Stahl- und Eisenarbeiterverbandes, G. Bianchi, Abgeordneter und Vorstandsmittglied des italienischen Gewerkschaftsbundes; Crawford, Vorsitzender des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes und dessen Gattin, die zweite „Bürgermeisterin“ von Johannesburg (Südafrika) ist. Matsumoto, japanischer Arbeiterdelegierter in Genf und Sven Backlund, Pariser Vertreter von „Sozialdemokraten“ Stockholm. Wie man sieht, eine wahrhaft international zusammengesetzte Reisegesellschaft.

Am gestrigen Tage begab sich die Delegation vollzählig und sogar verstärkt durch die in anderer Eigenschaft in Berlin gleichfalls anwesenden französischen Genossen Marcel

deutet, die sozialistischen Parteien unter die Botmäßigkeit einer unverantwortlichen russisch-fürstlichen Clique zu bringen. Indem man das Verbrechertum gewisser kommunistischer Führer aufdeckt, wird mehr für die Einigung der Arbeiterklasse getan, als durch ständige Wiederholungen einer Formel, deren Voraussetzung zu erfüllen die Kommunisten noch stets abgelehnt haben.

## Wie unterm Jarismus!

Prag, 28. November. (D.F.) Der sozialrevolutionäre Führer Ledebew, der Marineminister im Kerenski-Kabinett war, ist hier aus dem Exil zurückgekehrt, wo er mit Viktor Tschernoff und dem Zentralkomitee der Partei beisammen war. Einem Pressevertreter sagte Ledebew, daß alle Gerüchte über Verhandlungen der Sozialrevolutionäre mit den Kommunisten frei erfunden seien. Im Generalsei sei die Partei der Sozialrevolutionäre gerade jetzt den hartnäckigsten Verfolgungen der Sowjetbehörden ausgesetzt. Während die Sowjetregierung offen mit ausländischen und heimischen Kapitalisten patiere und sogar reaktionäre Elemente, wie den Brangel-General Slaschitschow-Krimski heranziehe, erstrecke sich die von der Sowjetregierung proklamirte Amnestie nicht auf die eingekerkerten Sozialisten, und die Sowjetpresse widme sich einer unaufrichtigen Hege gegen die Sozialrevolutionäre. Die Sozialrevolutionäre Partei sei in diesem Krisenstadium erlosch. In Petersburg, Moskau und den großen Provinzialstädten haben illegale Parteikonferenzen stattgefunden. An Stelle des verhafteten alten Zentralkomitees sei jetzt ein neues Zentralbureau der Partei gewählt worden, das eine energische Propagandabätigkeit entfalte. Die Partei gibt 6 illegale Blätter in Rußland heraus.

Kriegsminister Trojks hat jetzt die kaiserliche Armeetraktion der Regimentschef wiederbelehrt, nur daß eben besonders brave Sowjets die Nachfolger ausländischer Potentaten und inländischer Generale in dieser Ehrenstelle sind.

## Die Wiederaufbaufrage.

Paris, 28. Nov. (D.F.) Wie aus Chauxnes gemeldet wird, bezieht die Frage, ob dieser Sektor durch deutsche Arbeitskräfte wieder aufgebaut werden soll, nach wie vor die dortige Bevölkerung. Der ersten darüber vorgenommenen Abstimmung, die sich für Verwendung deutscher Arbeiter ausdrückte, soll jetzt eine zweite folgen, da man die Fragestellung bei der ersten Abstimmung beanstandet hat. Die zweite Abstimmung wird der Präfect des Somme-Departements leiten. Er beabsichtigt, alle Aufbauarbeiten persönlich zu bereisen, dort die Geschädigten zusammenzuführen und ihnen die Vorzüge und Nachteile des Wiederaufbaus durch deutsche Arbeitskräfte in Vorträgen zu erläutern. Namentlich sollen aber die Geschädigten schriftlich anerkennen, daß sie deutsche Arbeitskräfte wünschen. Uebrigens hat sich auch die größte Freimaurerloge der Picardie für den Wiederaufbau durch deutsche Arbeit ausgesprochen.

# Wirtschaft

## Verzögerte Maßnahmen gegen die Valutafiskusanten.

Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Gesetzentwurf gegen die Devisenspekulation ausgearbeitet, der wenigstens die größten Auswüchse am Markt der fremden Zahlungsmittel beseitigen helfen soll. Dieser Gesetzentwurf liegt schon seit mehr als einer Woche dem Reichsrat vor, wird aber nicht verabschiedet, weil das Preussische Finanzministerium dagegen Bedenken hat. Es ist erstaunlich, mit welcher Gelassenheit die Landesbehörden in diesem Fall die Dinge gehen lassen, während die ganze Presse über den Sturz der Valuta zetert und die Spekulation trotz Erhöhung der Steuerfähe auf den Devisenmarkt und steuerlicher Erfassung immer noch völlig freies Spiel hat. Hier zeigt sich wieder einmal, daß der Reichsrat

Laurent, Generalsekretär der CGT. und Grumbach, Berichterstatter des „Populaire“ und Vorstandsmittglied der sozialistischen Sozialistenpartei, nach Spandau zu einer Besichtigung der „Deutschen Werke A.G.“

Wenn je eine Untersuchungsreise aktuellen Charakter trug, so die gestrige, bei der den Teilnehmern Gelegenheit geboten wurde, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, welche unerwarteten und sinnlosen Hindernisse dem Deutschland des Friedens und der Arbeit in den Weg gelegt werden. Die Zerstörungsbefehle und sonstigen Maßnahmen der Interalliierten Militärkontrollkommission, die sich gegen die Spandauer Werke richten, sind noch zu frisch in der Erinnerung unserer Leser, als daß es nötig wäre, dieses Kapitel der Tragödie des deutschen Wiederaufbaus von neuem hier zu besprechen.

Unter zwangloser Führung von Vertretern sowohl der Arbeiterbewegung als auch der Verwaltung konnten sich die Teilnehmer davon überzeugen, welche ungeheuren Werte, die für die Friedensproduktion hätten umgewandelt werden können, auf Ententebefehle hin bereits vernichtet wurden und welche Zerstörungen noch drohen. Und sie konnten zugleich ein eingehendes und umfassendes Bild von dem gewinnen, was schon geleistet wurde, um diese einst ausschließlich für Kriegszwecke arbeitende Werke auf einwandfreie Friedensproduktion umzustellen und was noch in dieser Hinsicht geleistet werden könnte, wenn nicht das Todesurteil über viele Pläne und Hoffnungen gefällt worden wäre, das in den schicksalsschweren Zeichen X und CX auf hundert von großen und kleinen Maßstäben seinen weithin sichtbaren Ausdruck findet.

Die Männer, die gestern unter Führung unserer Genossen des Spandauer Betriebsrates die ungeheuren Werte vier Stunden lang besichtigten und sich von ihnen alles Notwendige erklären ließen, es waren ebenfalls Männer der Arbeit, aus dem arbeitenden Volke hervorgegangen, die den volks- und weltwirtschaftlichen Wert der Arbeit und der Produktionsmittel — besonders der verstaubten — kennen. Männer, deren Gehirn nicht beruhsam auf das Zerhören, sondern auf das Schaffen eingestellt ist. Und daher konnte man während des langen Rundganges durch die zahlreichen Abteilungen viel Kopfschütteln beobachten und manchen Ausdruck des Erstaunens, ja der Empörung vernehmen.

Das Deutschland der Arbeit hat am gestrigen Tage einen Sieg in seinem Kampf um die friedlichen Entwicklungsmöglichkeiten errungen: denn wir sind sicher, daß die Delegationsmitglieder, entsprechend der am Sonntag von Großmann ausgesprochenen Hoffnung, die Wahrheit über das deutsche Volk weiter und weithin verdrängen werden, das nichts anderes will als Freiheit, Arbeit, Friede und Brot — für sich und für alle anderen Völker der Erde!

die denkbar ungeeignetste Instanz zur Beratung solcher Fragen ist, solange noch reaktionäre Beamte die Interessen der Freistaaten vertreten. Wahrscheinlich wartet man, bis die Mark noch weiter gesunken ist, und dann jammern die Länder wieder über die wachsenden Ausgaben, anstatt jetzt an der Quelle dem Uebel entgegenzuwirken. Oder sollte der deutschvolksparteiliche preussische Finanzminister gegen die Eindämmung der Spekulation in fremden Zahlungsmitteln, die das Volk schon viele Goldmilliarden gekostet hat, Bedenken haben?

**Die Besserung der Mark an der gestrigen Berliner Börse,** die wir im gestrigen Abendblatt bereits kurz verzeichneten, geht aus folgenden amtlichen Notierungen fremder Zahlungsmittel hervor. Es sank der Dollar von 292,70 auf 274,22, 100 holl. Gulden ermäßigten sich von 10589 auf 9790, 1 Pfund Sterling von 1178 auf 1094, 100 franz. Franken von 2018 auf 1918 und 100 Schweizer Franken von 5584 auf 5205 M.

**Reichsbank.** Nach dem letzten Ausweis der Reichsbank vom 23. d. M. hielt im Zahlungsmittelverkehr die überaus unerfreuliche Entwicklung weiter an. Der Banknotenumlauf ist von neuem angewachsen und zwar um 1277,8 Millionen Mark auf 99463,9 Millionen Mark, während der Umlauf an Darlehenslasten sich um 19,8 Millionen Mark auf 7077,2 Millionen Mark abnahm. In beiden Geldzeichen zusammen sind also in der dritten Novemberwoche 1258 Millionen Mark neu in den Verkehr gestossen.

**Die Organisation der Steuerbehörden.** Der finanzpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit Vorschlägen der Sachverständigen zu einer besseren und schnelleren Veranlagung, Erhebung und Verteilung der Reichssteuern. Die Aussprache drehte sich besonders darum, in welchem Umfange es möglich sei, die Finanzämter durch die Einführung von Steuergemeinschaften als Selbstverwaltungskörper der Gewerbe zu entlasten. Dieser von Georg Bernhard lebhaft propagirte Vorschlag wurde schließlich einem Arbeitsausschuß überwiesen, der das Problem in seinem ganzen Umfange prüfen und besondere Erhebungen über seine praktische Durchführbarkeit anstellen soll.

**Kapitalerhöhung bei der U.G. für Pappfabrikation.** In einer Ausschußsitzung wurde beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung zum 20. Dezember 1921 einzuberufen. In dieser sollen die bisherigen 3 000 000 M. Vorzugsaktien in Stammaktien verwandelt und gleichzeitig 3 300 000 M. neue Stammaktien und 3 000 000 M. neue Vorzugsaktien mit dreifachem Stimmrecht ausgegeben werden. Die neuen Stammaktien sollen im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 200 Proz. den früheren Stammaktionären angeboten werden. Der Börsenkurs der alten Aktien liegt um 1300! — Auf der Tagesordnung ist der Antrag gestellt, die Gesellschaft sahungsmäßig zu ermächtigen, Interessengemeinschaftsverträge mit anderen Gesellschaften abzuschließen.

**Harpener Bergbau A.G.** Diese große reine Kohlenzeche verzeichnet in ihrem Geschäftsbericht, daß sie ihre Kohlenförderung im letzten Jahre von 6,44 auf 7,35 Millionen Tonnen gesteigert hat. Die Kohlenproduktion des abgeschlossenen Jahres hielt sich nur noch um 10,4 v. H. hinter derjenigen des letzten Vorkriegsjahres. Die Belegschaft wurde gegen damals um 33,5 v. H. erhöht.

**Die Eröffnung der Moskauer Börse.** Die Warenbörse in Moskau ist am 21. November eröffnet worden. In der ersten Börsenversammlung, an der Vertreter der wirtschaftlichen Volkswirtschaft, der korporativen Produktionsgenossenschaften, der Genossenschaften in den verschiedenen Gouvernements und der Arbeiterverbände teilnahmen, wurde das von der Sowjetregierung gegebene Börsestatut bestätigt. Danach setzt sich das Börsenkomitee zusammen aus acht Vertretern des Zentralvereins der Genossenschaften, aus drei Vertretern der anderen bestehenden Korporationen und je einem Vertreter der Volkswirtschaft für Volkswirtschaft, für Außenhandel, für Lebensmittelversorgung, sowie einem Vertreter der Reichsbank.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Löhne der städtischen Arbeiter.

Anlässlich der Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter bringt die Presse Nachrichten und Mitteilungen, die vielfach Stellung nehmen gegen die „maßlosen“ Forderungen der städtischen Arbeiter, die dazu angetan seien, den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinde Groß-Berlin herbeizuführen. Abgesehen davon, daß von den Gehaltsausgaben der Gemeinde Berlin für Gehälter und Löhne etwa 15 bis 20 Proz. in Anspruch genommen werden, erscheint es doch wünschenswert, einmal ein Bild über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter zu geben.

Nach dem 7. Lohnsatz, welcher am 30. November 1921 sein Ende erreicht, bestehen zehn Lohnklassen und zwar: drei für Volkarbeiter, drei für Volkarbeiterinnen, zwei für Jugendliche (männliche und weibliche), zwei für Mindererwerbsfähige (männliche und weibliche). Inkl. der Wirtschaftshilfsbeihilfe beträgt nach dem 7. Lohnsatz der Lohn:

Für ungelernete Arbeiter, ledig, pro Stde. 6,18 oder pro Woche 296,64 M.	
desgl. verheiratet ohne Kinder	8,42 „ 368,16
Für Arbeiter mit 1 Kind	6,06 „ 249,98
„ 2 Kindern	6,90 „ 281,20

Nach einem Jahr erhöhen sich die Sätze um 14 Pf. pro Stunde oder um 6,72 M. pro Woche.

Die Löhne der angelernten Arbeiter sind rund um 25 Pf. pro Stunde oder 12 M. pro Woche höher wie die Löhne der Ungelernten. Die Löhne der Handwerker sind gegenüber den Löhnen der angelernten Arbeiter um 50 Pf. pro Stunde oder 26,88 M. pro Woche höher. Die Löhne der jugendlichen männlichen Arbeiter bewegen sich in Stundenlöhnen von 3,28 M. bis 4,72 M., es entspricht dies einem Wochenlohn von 157,44 M. bis 246,56 M. Die Löhne der Arbeiterinnen bewegen sich pro Stunde zwischen 5,08—5,68 M., der Wochenverdienst ist demnach 243,84 M. bis 272,64 M. und steigen bei Verheirateten mit zwei Kindern auf 5,80 M. bis 6,40 M., gleich Wochenlohn 241,20 M. bis 267,20 M. Jugendliche weibliche Arbeiterinnen erhalten pro Stunde 2,91 M. bis 4,10 M., das ist pro Woche 139,68 M. bis 196,80 M. Mindererwerbsfähige männliche, ledig, Stundenlohn 4,28 M., mit Familienbeihilfe bis 2 Kinder 5 M., Wochenlohn 205,44 M. bis 240 M. Für mindererwerbsfähige weibliche beträgt der Lohn pro Stunde 4,08 M., mit Familienbeihilfe bis zu 2 Kindern 4,80 M., das ergibt einen Wochenlohn von 195,84 M. bis 230,40 M. Für die technischen Betriebe und Abteilungen und die Schwerarbeitsbetriebe erhöhen sich diese Löhne um 4,80 M. pro Woche.

Niemand wird behaupten können, daß diese Löhne im gegenwärtigen Augenblick auch nur annähernd den Verhältnissen gerecht werden. Nach den monatlichen Lebensmittelpreisen von 6 bis 7 M. beträgt der Aufwand für Ernährung für Berlin und Vororte für eine vierköpfige Familie für den Monat Oktober 434,88 M. Bei diesem Betrag sind Ausgaben für Kleidung, Wohnung, Beleuchtung, Heizung und Anschaffungen nicht vorzumerken; wobei weiter zu berücksichtigen ist, daß während des Monats November erhebliche Steigerungen zu verzeichnen waren, die in einzelnen Fällen, besonders bei Getreide 100 Proz. übersteigen.

Die städtischen Arbeiter fordern eine Zulage von 108 M. pro Woche oder pro Stunde 6,00 M. Zusammen mit den oben bezeichneten Löhnen, ergibt diese Zahl ein Wochenlohn von 355,84 M., das noch erheblich unter den unbedingten Notwendigkeiten zurückbleibt. Die Löhne in den meisten Industrien gehen jetzt teilweise wesentlich über die Sätze hinaus, die die Gemeindearbeiter fordern. Bei aller Rücksichtnahme auf die finanziellen Notwendigkeiten der Stadtgemeinde Berlin erscheint es aber doch zuviel verlangt, daß circa 80.000 Arbeiter und Angestellte der Stadt, die mit ihren Familienangehörigen eine Bevölkerung von mehr als 1/4 Million darstellen, unter Lohnverhältnissen leben soll, die ihnen die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse nicht gestatten.

Wenn die Presse die vorliegenden Zahlen einsehend prüft, dann wird sie überzeugt, daß Vorwürfe gegen die städtischen Arbeiter nicht werden aufrecht erhalten werden können.

## Bedrohender Kampf der Berliner Bauarbeiter.

Die Berliner Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes nahmen am Sonntag zu dem Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes Stellung.

Der Vorsitzende Thöns gab den Bericht über die bisher zur Erlangung einer Lohnsteigerung geführten Verhandlungen. Er führte folgendes an: Um die unabweisbare Forderung durch eine Erhöhung des Lohnes auszugleichen, sah sich der Bauarbeiterverband durch die Verhältnisse veranlaßt, gemäß § 5, Ziffer 4 des Reichsarbeitsvertrages in Verhandlungen über eine Lohnsteigerung einzutreten. Das letzte Lohnabkommen wurde für die Zeit bis zum 22. November d. J. abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat die Entwertung des Geldes und damit die Preissteigerung einen starken Fortgang genommen, so daß die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter von Tag zu Tag schwieriger wird. Gefordert wurde für alle im Hoch- und Vorkonstruktionsbetriebe Gruppen eine Lohnsteigerung von 6,70 M. für die Stunde. Des weiteren wurde beantragt, daß im Hinblick auf das geradezu sprunghafte Tempo der Preissteigerung die Lohnrevision nicht von zwei zu zwei Monaten, sondern

die Neuregelung der Lohnsätze allmonatlich erfolgen soll. In der Sachverständigenkommission kam eine Verständigung nicht zustande; man möchte nicht einmal ein Angebot. Auch das in zweiter Instanz angenommene Bezirkslohnamt hat die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berliner Bauarbeiter in durchaus ungenügender Weise berücksichtigt. Auch den Praktiken der Unternehmern, die Spanne zwischen gelernten und ungelerten Verufen aneinander zu erweitern, müsse Einhalt geboten werden. Aus diesem Grund wird der Vorstand den Schluß, den Mitgliedern den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes nicht empfehlen zu können.

Da nach Auffassung der Verhandlungskommission alle friedlichen Mittel erschöpft sind, werden sich die Berliner Bauarbeiter auf einen Kampf vorbereiten.

In den Kampfmaßnahmen selbst soll am Mittwoch Stellung genommen werden. Von einer Diskussion nahm man Abstand. Kollege Thöns ging in seinem Schlusswort darauf ein, strenge Disziplin zu wahren. Auch haben die Parteizuständigen bei Lohnkämpfen zu unterbleiben. Das Gebot der Stunde erfordert die Einmütigkeit und Geschlossenheit sämtlicher Berliner Bauarbeiter.

Die von der Vereinsleitung eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Sie befragt, daß der Delegierten-Generalsammlung die ablehnende Haltung des Verbandes der Bauarbeiter unverständlich ist, daß weiter die Delegierten bitter enttäuscht sind über den Ausgang der Verhandlungen im Bezirkslohnamt.

Der Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes sieht eine Erhöhung des Stundenlohnes der gelernten Verufe ab 23. November um 2,45 M. und ab 28. Dezember um weitere 50 Pf. vor. Den Bauhilfsarbeitern billigte man dagegen in der ersten Staffel 2,15, in der zweiten Staffel ebenfalls noch einmal 50 Pf. zu. Damit würde sich also die Spanne zwischen den gelernten und ungelerten Verufen unseres Gewerbes von 85 Pf. auf 65 Pf. erhöhen.

Diesem Schiedsspruch lehnt die Delegierten-Generalsammlung ab.

Da nunmehr anzunehmen ist, daß alle friedlichen Mittel erschöpft sind, werden sich die Berliner Bauarbeiter ihre berechtigten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln erkämpfen.

Nachdem noch die Streikleitung gewählt und einige Anträge ihre Erledigung fanden, wurde die in voller Eintracht und Äußerst

# SPD.

Mittwoch, den 30. November, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15:

## Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

Unsere Aufgaben in der Regierung — Amnestie.

Referenten: Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident, Prof. Radbruch, Reichsjustizminister.

Die Teilnahme an der Versammlung ist nur gestattet nach Legitimation durch Mitgliedsbuch und Funktionärkarte.

Der Bezirksvorstand.

Sachlich verlaufene Versammlung vom Kollegen Krause geschlossen mit dem Wunsche, den in der Versammlung zum Ausdruck gebrachten Einheitswillen der Berliner Bauarbeiter auch für die Folgezeit beherzigen zu wollen.

## Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Am 24. November trat in Leipzig der Tarifauschuss für das Buchdruckgewerbe zusammen, um über die neuen Forderungen der Gehilfenschaft zu beraten. Für Berlin wurden folgende Forderungen auf die bestehenden Löhne ab 1. Dezember vereinbart: Für Lehrlinge 70 M., für Gehilfen bis zu 21 Jahre 80 M., von 21—24 Jahren 90 M., über 24 Jahre 100 M. Ab 19. Dezember kommt dazu ein Zuschlag bis zu 35 M.

## Tenerungsaktion der Reichsbeamten und -arbeiter!

Durch die Presse gehen neuerdings Notizen über die dritte Tenerungsaktion der Reichs- und Staatsarbeiter und -beamteten. Es werden einseitige Darstellungen anscheinend zu Propagandazwecken veröffentlicht, die wir hiermit richtigstellen:

Die in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrs- und vereinigten Organisationen haben in Vorbereitungen Stellung zur neuen Lohn- und Gehaltsbewegung genommen und bereits mit den in Frage kommenden Gewerkschaften Besprechungen eingeleitet. Am 11. November fanden Vorbesprechungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen statt, die später mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, der IFA, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings fortgesetzt wurden. Hier wurde Übereinstimmung zwischen der Auffassung der verschiedenen Gewerkschaften herbeigeführt.

Heute finden zwischen den Gewerkschaften Verhandlungen statt, die zur sofortigen Aufnahme der dritten Aktion führen werden.

## Versammlung des arbeitslosen Krankenpflegepersonals.

Mit den Verhältnissen des arbeitslosen Pflegepersonals beschäftigte sich eine gutbesuchte Versammlung der Erwerbslosen des Berufs. Ein Mitglied der Zentrale der gewerkschaftlichen Erwerbslosenvertretung referierte über die Beschwerden aus den Kreisen der arbeitslosen Pfleger.

Wenn schon im allgemeinen die Lage der Arbeitslosen als ungenügend zu bezeichnen ist, so trifft dieses im besonderen für die der Pflegeberufe zu. Ähnlich wie bei den Dentisten, bei denen heute noch Monatsgehälter von 3—400 M. an der Tagesordnung sind, gibt es auch im Pflegeberuf einen Standesverein. Dieser Standesverein gibt an die in Frage kommenden Behörden sowie Privatinstitute Mitgliederzeugnisse heraus und empfiehlt, dieselben bei Bedarf an Arbeitskräften zu berücksichtigen. Der größte Teil davon steht in Beschäftigung, teilweise sogar in städtischen Diensten. Es muß mehr wie bisher Aufgabe der in Frage kommenden Betriebsräte, auch der städtischen Anstalten sein, strikte darauf zu achten, daß nur Pflegepersonal vom Rangweiser der Stadt Berlin, Postpost-Kaufhaus, Friedrichstraße, zur Einstellung gelangt. Dringend gemahnt wurde davor, auf Anzeigen der bürgerlichen Presse einzugehen, in denen Herren und Damen zur Ausbildung für den Pflegeberuf sowie Massage- und Badetechnik gesucht werden. Alle diese Verufe sind überfüllt, was die hohe Arbeitslosigkeit beweist. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Finanzlage Berlins geplant, eine weitere Reduzierung des Pflegepersonals in den städtischen Anstalten vorzunehmen. Im Interesse der Kranken und nicht zuletzt der Erwerbslosen muß hiergegen gekämpft werden. An den Beamtenauschuss und Betriebsrat der Heilgehilfen des Groß-Berliner Rettungswesens wurde der Appell gerichtet, der Einziehung der einzelnen Rettungsteilen Widerstand entgegenzusetzen. Referenzen noch ergänzt, und es kam bei allen Rednern immer wieder der Gedanke zum Ausdruck, daß nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation die Mißstände beseitigt werden können.

## Streik der Postiers.

Am Montag haben die Postiers, Fahrstuhlführer, Heizer und Wächter, soweit sie in Industrie- und Geschäftsbauern beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitgeber-

organisation hat den am 8. Oktober 1921 gefällten Schiedsspruch abgelehnt, während die Arbeitnehmer denselben angenommen haben. Da die Kollegen durch die plötzlich einsetzende Teuerungswelle gezwungen sind, um der gänzlichen Verelendung zu entgehen, ihre Forderungen durchzusetzen, die Unternehmer aber nicht freiwillig zahlen, so blieb nichts anderes übrig, als zum Streik zu greifen. Bis zur Stunde haben 127 Betriebe mit 723 Beschäftigten den Streik bewilligt. Wir bitten die übrige Arbeiterschaft um Solidarität. Das Zentralstreiklokal befindet sich Kommandantenstr. 88 bei Dönhofsplatz, Zentr. 499. — Deutscher Postierverband.

Konfliktstimmung im Eisenhandel. Am Sonntag nahmen die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter, Kutscher usw. aus den Betrieben des Eisens, Eisenwaren usw. Handels Stellung zu dem Schiedsspruch, der die Dezember-Löhne regeln soll. Rohlschmidt vom Deutschen Transportarbeiterverband berichtete über die stattgehabten Verhandlungen. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit die Annahme des Schiedsspruches, ließ jedoch keinen Zweifel darüber, welche Maßnahmen getroffen würden, wenn bis zum Mittwoch, den 30. November, früh, der Arbeitgeberverband sich nicht ebenfalls dem Schiedsspruch unterworfen hätte.

Der Straßenbahnerstreik in Essen dauert noch an; in Gelsenkirchen ist er beiegele. Bei den Verhandlungen in Essen wurde in wichtigen Punkten eine Einigung erzielt, doch blieb die Hauptfrage der Bezahlung des Fahrpersonals nach Arbeitstagen oder Kalendertagen noch strittig.

Aus Athen wird gemeldet, daß in dem Prozeß wegen des Ausstandes der Elektricitätsarbeiter das Kriegsgericht 10 Angeklagte zu 8 Jahren, 26 Angeklagte zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 20 Angeklagte freigesprochen hat. Gleichzeitig mit dieser Meldung läuft eine andere ein, wonach die Elektricitätsarbeiter der griechischen Hauptstadt wegen Nichtbewilligung einer Lohnforderung in einen neuen Streik getreten sind. Mehrere Verhaftungen sollen bereits vorgenommen sein.

Nach einer neueren Meldung ist der Streik der Elektricitätsarbeiter und des Straßenbahnpersonals beendet. Die Streikenden haben fast vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Alle gegen die Streikenden eingeleiteten Strafverfahren sind nach Wiederaufnahme der Arbeit eingestellt worden; 50 Arbeiter, die verhaftet worden waren, wurden freigelassen.

Auch in Saloniki ist der Streik der Elektricitätsarbeiter und Straßenbahner nahezu beendet. Die streikenden Arbeiter, die den mobilisierten Jahressklassen angehören, wurden an die Front geschickt.

Der kommunistische Generalkreis in Triest und Jussch-Beneventen erteilt eine Niederlage. Die meisten Jusscharbeiter haben den Dienst wieder aufgenommen.

## IFA-Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie.

Heute 6 1/2 Uhr in der Pagenhofer Brauerei, Jüdischestr. 23, großer Saal, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die letzten Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Bei der am 28. November erfolgten Urabstimmung über die Erhöhung der Lokalbeiträge wurden 6448 Stimmen abgegeben. Für 3a stimmten 4376 und für Reim 2010 Mitglieder, 68 Stimmen waren unglücklich. Wählig tritt am 1. Dezember 1921 die Erhöhung der Lokalbeiträge in Kraft und sind die neuen Lokalbeiträge ab der 40. Woche zu zahlen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung Berlin hat mit dem 28. November die alten Telefonnummern gestrichelt. Die Verwaltung ist nur noch auf die Nummern Norden 883—888 zu erreichen.

Die Weihnachtsfeier im Zentralverband der Angestellten. Die Ortsverwaltung wendet sich mit einem Aufruf an die in Arbeit stehende Kollegenschaft, durch Geldsammlungen eine Weihnachtsfeier für die Kinder der erwerbslosen Verbandmitglieder zu ermöglichen. Aus einer Anzahl von Betrieben sind bereits große Beiträge eingegangen. Mögen alle Kollegen und Kollegen weitestgehend den Beitrag der Sammlung so reich wie möglich zu leisten. Wir fordern alle heilungswilligen Mitglieder, sich bis zum 2. Dezember, während der Geschäftsstunden in der Unterabteilung für die Weihnachtsunterstützung anzumelden. Zur Anmeldung sind erforderlich: das Mitgliedsbuch, die Kontrollkarte vom Arbeitsnachweis und Geburtschein der Kinder oder Familiennamebuch. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn die Arbeitslosigkeit nach dem 2. Dezember eingetreten ist. Als letzter Anmeldetermin gilt der 10. Dezember 1921.

IFA-Deutscher Kreis. Angehörige der Feinmechanik: Donnerstag 7 Uhr in Generalanbau Hof, Rosenstraße 35, Versammlung sämtlicher Angehöriger. Welche prozentualen Zuschlag fordern wir für den Monat Dezember. — Angehörige der Kunst- und Buchbinderei: Freitag 7 Uhr in den Sophien-Eilen, Sophienstr. 17/18, Versammlung sämtlicher Angehöriger. Die letzte Teuerungswelle und des Einkommens der Angestellten. — Mitgliedsbuch eines IFA-Berichtes legitimiert.

Verband der Seiler, Kapellener und Vorarbeiter. Postreifer, Köchler, Koffermacher sowie die in dieser Branche beschäftigten Buchbinder: Vorkonferenz am Mittwoch 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25. Bericht über die Reichsstatistik.

Deutscher Transportarbeiterverband. Dienstag 7 Uhr Generalsammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Saal 4. Ohne Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Zentralverband der Angestellten. Hotelangehörige: Mitgliederversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr in der neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.

Verband der Maler. Dienstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung der Koloristen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Deutscher Holzarbeiterverband. Stellmacher der Innungsbetriebe: Donnerstag 7 Uhr im Rosenhof Hof, Rosenstraße 35, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. — Die Beamtenkommission.

Verontm. für den redbst. Tell: Dr. Werner Veiser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8, Diercke 1. Strasse.

**Formamint-Tabletten**  
vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren  
**Schutz vor Ansteckung**

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
besitz Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gebräudenstr. 8a 20-21.

**KON LINON**

**Dieser entzückenden Frau**

sieht man's gleich an, daß sie eine gute Zigarette zu würdigen weiß. Überflüssig hervorzuheben, daß es sich um die gute MASSARY-Zigarette handelt.

Neu: Caid mit Gold 60s

# Stadtsäckel und Teuerungswelle.

## Deckung der Gehalts- und Lohnaufbesserungen durch Tarifierhöhungen.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung begann mit einer kleinen Ovation für unsern Genossen Pfannkuch, den 80jährigen Senior des Stadtparlaments. Alle Fraktionen stimmten den beglückwünschenden Worten des Vorstehers einmütig zu. Als dann in die Tagesordnung eingetreten wurde, stießen die Gegensätze sofort wieder heftig aufeinander. Die Vorlagen über die Aufbesserungen der Gehälter und Löhne und über die Ausgabenbedeckung durch Tarifierhöhungen kamen aus dem Ausschuss zurück. Kein Verständiger kann sich der Einsicht verschließen, daß unter dem Einfluß der Teuerungswelle die Stadt sich einem unausweichlichen Ruß zu beugen hat. Aber darüber, wie weit gegangen werden soll, sind die Meinungen verschieden. Für die sozialdemokratische Fraktion sprachen unsere Genossen Lohmann und Dittmer, die sich scharf gegen die übertriebenen hohen Bemessungen der Magistratsgehälter wandten. Beide erklärten, daß oben genommen und unten gegeben werden müsse. Die Magistratsgehälter wurden im übrigen von allen Fraktionen als zu hoch bemängelt. Daß der bürgerlichen „Mehrheit“ geht auch nichts anderes als eine weitere Erhöhung der Tarife übrig bleibt, hob Genosse Lohmann hervor. Er rechnete dabei mit der bürgerlichen Presse ab, die durch ihre im Wahlkampf betriebene Heße gegen die Stadtverwaltung die Stadt schwer geschädigt hat. Die Abstimmung ging unter Tumult und stürmischen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten vor sich.

### Sitzungsbericht.

Die außerordentliche Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Dr. Caspari eröffnet. Der Rat des Stadts Pfannkuch (Soz.) ist mit einem Blumenstrauß geschmückt. Der Vorsteher spricht die Überzeugung aus, daß die Wünsche, die er dem Stadts Pfannkuch zu seinem heutigen 80. Geburtstag ausgesprochen habe, in der Versammlung heftigen Widerhall finden werden und daß „wir alle wünschen, daß dem verehrten Jubililar ein gesegneter Lebensabend beschieden sein möge“ (Beifall, allseitiger Beifall). Zwei Dringlichkeitsanträge der Kommunisten und der Demokraten gehen an Ausschüsse. Ein dritter, der von den U. Soz. ausgeht und den Magistrat auffordert, sofort mit den Organisationen der Berufsangehörigen neue Verhandlungen aufzunehmen und dabei die schon vorher gemachten Zugeständnisse des Magistrats zu berücksichtigen, steht bei der Rechten auf Widerspruch. Einen vierten Dringlichkeitsantrag, der von Schumacher (Komm.) gestellt ist und die Lage der Magistratsangehörigen betrifft, will der Vorsteher nicht zulassen, weil er nur von Schumacher unterschrieben ist und der erforderlichen Unterstützung entbehrt. Trotz des heftigen Widerspruches der Kommunisten beharrt der Vorsteher bei seiner Auffassung und stellt anheim, die fehlenden Unterschriften nachzuholen.

### Die Gehälter- und Deckungsberatung.

Auf der Tagesordnung stehen die Ausschussberichte über die Vorlagen betr. a) die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Festangestellten, b) Aufbesserung der Löhne und Vergütungen der städtischen Arbeiter und nichtständigen Anstellten, c) die Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben. Referent ist Dr. Kirschner (Dnat.), dessen Vortrag bei der im Saale herrschenden Unruhe und bei dem nicht sehr befriedigenden Verlauf des Redners nur sehr teilweise vernehmbar wird, was die Kommunisten einzeln und andauernden Rufes und Unterbrechungen veranlaßt. Ein schriftlicher Bericht ist bei der Kürze der Zeit — der Ausschuss hat noch heute vormittag getagt — nicht in Frage gekommen.

Stadts. Dr. Lohmann (Soz.): Einigen Parteien und Fraktionen ist bei dieser Beratung offenbar nicht wohl zu mute. Die bürgerlichen Parteien haben im Wahlkampf den Wählern von der Befreiung der roten Mehrheit andere Berge und Abbau aller Teuerungswelle versprochen. Jetzt müssen sie offen eingestehen, daß auch sie den fehlerhaften Kreislauf nicht zu durchbrechen vermögen. Dieser Kreis wird durch internationale Bindungen geschlossen, und es ist eine politische Anekdote, wenn die Kommunisten glauben, diesem zwangsläufigen Kreislauf an einer beliebigen Stelle ein Halt gebieten zu können. Wenn der Ausschuss die Deckungsfrage vorweg beraten hat, so ist das ein unverzeihbares Beginnen.

### Die Gehalts- und Lohnfrage muß vorher erledigt sein.

Jetzt wird plötzlich bekannt, daß die U.S.P. ihre Ausschussmitglieder desavouieren und die Deckungsvorlage ablehnen will; ich kann und will daran noch nicht glauben. Die Deckungsvorlage läßt 236 Millionen ungedeckt; wir sollen uns wegen dieses Betrages auf das Reich verlassen! Zur Beamtenvorlage hat man unsere Anträge, durch die an den Gehältern der oberen Beamten 5,8 Millionen erspart werden wären, mit Stimmengleichheit leider abgelehnt. Auch von den oberen Beamten erwarten wir Verständnis für den sozialen Gesichtspunkt, ohne das keine erspriehliche Verwaltung denkbar ist. Den Vorschlag des Reiches, der die Gehaltserhöhung in den unteren und mittleren Gruppen auf 50, in den oberen auf 75 Proz. normiert, sollten wir nicht mitmachen. Aus der Gruppe der Stadträte sind Syndikus und Kammerer durch den Ausschuss als Träger einer gewissen allgemeinen Verantwortlichkeit etwas höher herausgehoben worden. Von den unteren Beamten haben eine Menge noch nicht das Existenzminimum; leider steht uns hier das Sperrgesetz entgegen. Wir beantragen, die nach unserem Vorschlag bei den höheren Gehältern zu ersparenden fast 6 Millionen

### zur Aufbesserung der untersten Gruppen

zu verwenden. — Die Deckungsvorschläge des Magistrats weisen auf die nach unserer Meinung richtigen Quellen hin: von den Kommunisten, die alles ablehnen, sind größere Vorschläge nicht gemacht worden. Die Werke müssen sich selbst erhalten; überall ist bei ihnen neuerdings Besserung eingetreten, und der Kammerer hat betont, daß einige städtische Werke bewiesen haben, daß der kommunale Betrieb besser und billiger arbeitet als der private. Hoffentlich wird damit die Heße, die der „Lokalanzeiger“ im Wahlkampf gerade gegen die kommunalen Betriebe in Szene gesetzt hat, durch die Autorität des Kammerers ad absurdum geführt. Das Gas wollen wir schon, die Elektrizität hierfür heranziehen; den Wasserpreis wollen wir von 1 M. auf 1,30 M. erhöhen lassen.

Frenzel (Dem.): Die Konsequenzen der Reichsgesetzgebung müssen wir ziehen. Gestimmt muß es berühren, das ausgerechnet Vertreter der beiden Parteien, die im Reich die neue Besetzungsordnung gemacht haben, hier einen Bestandteil derselben betämpfen. — Diese Konsequenzen müssen auch für die Arbeiter gezogen werden. Wir haben der Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. zugestimmt, da eine Einigung über eine Staffierung nicht zu erzielen war.

Ruchenbender (U.S.P.): Wir müssen wiederholt unserem Bestreben Ausdruck geben, daß der Preis und ständig auf Erparnisse drängende Magistrat in der unsozialen Beamtenvorlage so wenig davon verstanden hat. Wir werden versuchen, durch unsere Anträge den zu treffenden Beschlüssen wirklich sozialen Inhalt zu verleihen.

Fabian (Dnat.): Der Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. können wir nur zustimmen, wenn sie auf die Verheirateten beschränkt wird. Für die neuen Licht- und Gaspreise werden wir stimmen, aber wir müssen verlangen, daß in den städtischen Werken

### jede Arbeitskraft voll ausgenutzt

wird. Die Erhöhung des Wasserpreises lehnen wir ab, wenn nicht eine entsprechende Befugnis den Hausbesitzern zugestanden wird, den Mietpreis zu erhöhen. Der Magistrat darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Ullrich (D.P.P.): Wahrscheinlich werden wir uns sehr bald mit einer neuen Deckungsvorlage befassen müssen, da die Steigerung des Kohlenpreises und der Kohlentauern sofort die Gesteinskosten bedeutend heraufreißen muß. Größtenteils Einsätze zur Besserung sind ja bei der Straßenbahn zu erkennen gewesen, aber rentabel ist sie noch nicht geworden. Wir müssen also in den lauren Äpfel beißen, den Tarif auf 1,30 M. zu erhöhen. Die Arbeiterwochenkarten bedürfen tatsächlich einer Ermäßigung.

Dittmer (Soz.): Dem Reichstog sind unerschollte Vorwürfe gemacht worden. Er stand vor einer gegebenen Situation. Im Punkte der Deckung müssen wir doch eine gewisse Verantwortung auf uns nehmen. Andererseits diskutierbare Vorschläge sind nicht gemacht worden. Aus den langwierigen Ausschussverhandlungen ist ja auch diesmal nur ein Kompromiß herausgekommen, das niemand ganz befriedigt. Eine

### Selbstung der städtischen Werke

muß auch durch die Tarifpolitik angestrebt werden. Die Besteuerung der Werke ist nicht sowohl eine Folge der Lohnsteigerung als vielmehr der verrückten wucherischen Materialpreise, die die Industrie ihnen abnimmt.

Schumacher (Komm.) polemisiert gegen die hohen Magistratsgehälter, die selbst den Bürgerlichen zum Teil nicht genügen. Nach einer kurzen Ausführung des Stv. Dittmer (U. Soz.) zu der Lohnaufbesserungsvorlage legt Kammerer Dr. Karding dar, daß die Ablehnung aller Deckungsvorläge durch die Kommunisten und ihr guter Rat, daß Berlin sich an das Reich wenden solle, die Situation der Stadt nicht retten könne.

### Ein Schlußantrag

der von Demokraten und Zentrum eingebracht ist, wird von Dr. Weyl als gegen Treu und Glauben verstoßend bekämpft, von v. Eynern (D. Sp.) befürwortet. Dittmann (U. Soz.): Zur Deckungsfrage hat noch keiner der Unserigen gesprochen. Wir bitten dringend, den Schluß der Beratung abzulehnen.

Auf Antrag Dr. Weyl wird über den Schlußantrag namentlich abgestimmt. Für den Schluß stimmen 95, gegen ihn 92 Mitglieder. Die Beratung ist damit beendet.

Dr. Weyl (Soz.) erklärt die Annahme des Schlußantrages für eine Vergewaltigung der Unabhängigen und der Kommunisten, die deshalb an der weiteren Beratung nicht teilnehmen, sondern den Saal verlassen würden. (Geschlecht unter großer Aufregung der Versammlung.)

Heimann (Soz.) hält unter diesen Umständen es für unzulässig, zur Abstimmung über so ungemein wichtige Vorlagen zu scheitern, und beantragt Vertagung.

Adige (Dnat. Sp.) widerspricht; v. Eynern (D. Sp.) verweist darauf, daß ein großer Teil seiner Fraktion morgen zum Parteitag nach Stuttgart fährt, und bittet, heute wenigstens die Deckungsfrage zu erledigen. Dem widerspricht Lohmann (Soz.).

Kammerer Dr. Karding: Eine Beschließung der Entscheidung über die Deckungsfrage vertritt die Stadt nicht länger; über diese Zuspätkung der Lage müssen Sie sich klar sein. Mit dieser Bemerkung vom Magistratsrat ist die Diskussion wieder eröffnet.

Dr. Alexander (Komm.) protestiert gegen die „Steuermoder“, die der Magistrat und der Ausschuss getrieben hätten. Nur das Reich bzw. die staatliche Kontrolle der Produktion werde auch dem kommunalen Finanzwesen ein Ende machen.

Bruna (Wirtsch. V.) hält die Frage der Erhöhung der Gehälter der Magistrats- und Bezirksamtmitglieder für noch nicht spruchreif.

Dittmann (U.S.P.): Nachdem die Debatte wieder eröffnet ist, werden wir die damit gegebene Gelegenheit ergreifen, uns daran wieder zu beteiligen. Dör (Komm.) gibt eine ähnliche Erklärung ab und bezeichnet das Verfahren des Vorstehers, der auf den Kammerer eingewirkt habe, das Wort zu ergreifen, als ungehörig. Vorsteher Dr. Caspari verbittet sich diesen Ausdruck.

Amberg (U. Soz.): Wir müssen die vorgeschlagenen Erhöhungen für Gas und Licht im Interesse der Arbeiterklasse ablehnen. Zur Verbesserung des Finanzergebnisses der Werke soll man die

### Reformvorschlüsse der Arbeiter

gebührend berücksichtigen, dann werden nicht Arbeiterentlassungen, sondern Neueinstellungen notwendig werden. Mitarbeiter an der Rentabilität wollen wir, aber nicht auf Kosten der Arbeiterkraft.

Kunze wird zur Abstimmung geschritten. Dr. Weyl hat vorgeschlagen, die Beamtenvorlagen wegen ihres unsozialen Charakters abzulehnen. — Die Demokraten wollen die Frage der Gehälter der Magistratsmitglieder in einem Ausschusse weiter beraten. — v. Eynern will zuerst über die Deckung beschließen lassen.

Nach längerem Streit über die Reihenfolge der Abstimmungen wird beschließen, zunächst über die Lohnaufbesserungsvorlage abzustimmen, der der Ausschuss mit der Maßgabe zugestimmt hat, daß eine Teuerungszulage von 300 M. jedem Arbeiter gewährt werden soll.

### Ablehnung der Wirtschaftsbeihilfe von 1000 Mark.

Die Vorlage selbst wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Krüger-Schumacher, eine Wirtschaftsbeihilfe von 1000 M. für jedes Kind 250 M. zu gewähren, auf die die schon gezahlten Beträge angerechnet werden, macht eine zweimalige Auszahlung nötig, da ein zweifachtes Resultat bei der ersten Auszahlung nicht zu ermitteln war. Das schließliche Ergebnis ist Ablehnung mit 97 gegen 85 Stimmen.

Der Antrag des Ausschusses wegen Gewährung einer Teuerungszulage von 300 M. wird nach Ablehnung des Antrages Fabian, sie auf die Verheirateten zu beschränken, mit großer Mehrheit angenommen.

### Zur Beamtenvorlage

fällt zunächst der Antrag Weyl (U. o.), sodann wird der Antrag der Demokraten, die Frage der Magistratsgehälter auszuschließen, durch eine Mehrheit, zu der auch die Kommunisten gehören, angenommen. (Große Heiterkeit.) Im übrigen gelangt die Beamtenvorlage im wesentlichen zur Annahme.

„Geh nur ins Privatkontor voraus und gib dir einen Rurfürßen ein.“

„Danke, Vater.“

Die Angestellten grüßten ihn, als er die Reihen durchschritt. Er nickte ruhig.

Als er aber im Privatkontor des Vaters war, überfiel ihn plötzlich eine wilde Angst. Warum war Vater so freundlich? Nie hatte er ihn hier hereingelassen. Er wagte nicht, an das Spindschloß zu gehen, wo die Schnäpfe standen. Er zitterte an ganzen Körper, als er auf der Tischglascheibe einen Schatten sah, der vom Vater sein konnte.

Die Türe ging auf. Der alte Buchhalter trat ein. „Ach, Sie sind es, junger Herr? Gratuliere. Habe schon gehört.“

„Danke, Herr Krüger.“

Der Buchhalter legte einen Stoß Papiere auf das Schreibpult.

„Ich werde nun gehen müssen“, sagte Hermann, und er spürte, wie seine Zunge fest am Zittere.

Er setzte den Hut wieder auf und nahm den Stod. Er mußte hinaus — in die frische Seeluft, die draußen wehte, vielleicht auf die Mole. Hier in dem engen Gemach erslickte man ja.

In diesem Augenblick aber kam der Vater zurück. „Du wolltest doch nicht schon wieder gehen?“ fragte er — übertrieben freundlich, wie es Hermann schien. „Haha, und du hast dir noch nicht einmal getraut, an das Schnapsspindeln zu gehen, an das Allerheiligste. Ist Ihr Sohn auch so schüchtern, Krüger?“

Krüger lachte etwas und ging.

Run waren sie allein. Hermann setzte sich. Julius Görke ging an den Koffenschrank und öffnete ihn. „Gut, daß er fester verschließbar ist als meine Schublade zu Hause, nicht wahr?“

Hermann ertrug es nicht länger. „Wißt du etwas von mir, Vater?“

Der Vater tat, als ob er nichts gehört hätte. „Wißt du dich nicht wohl?“ fragte er nach einer Weile. „Du solltest mehr frozieren gehen.“

„Ja, Vater“, sagte Hermann absichtlich und stand auf.

Julius Görke las in den Papieren von dort: „1750 Mark“. Er blätterte in seiner Brieftasche. „Kannst du mir vielleicht einen Fünfundmarkschein leihen? Dann will ich dich nicht länger aufhalten.“

(Fortf. folgt.)

## Fräulein.

Von Paul Enderling.

65]

„Fräulein Annemarie Tessmer soll sich freimachen, so gut man sich mit Geld freimachen kann. Sich und andere. Sie ist die einzige, die hier ihres geraden Weges wohl bewußt ist.“

„Ich danke ihr für den Segen der Güte und Lieblichkeit, mit der sie mich alten Mann begnadet hat: So ist doch zu guter Letzt noch ein Streifen Sonne auf meinen Weg gefallen. Wie sollte ich ihr dafür nicht dankbar sein?“

„Ich hoffe, daß sie vernünftig genug ist, das Geld von ihrem alten Freunde anzunehmen, der ihr für ihre Güte gerne anders gedankt hätte und nicht mehr anders danken kann als mit Geld.“

„Der Notar ist angewiesen, für die sofortige Kündigung meines im Geschäft meines Schwagers Julius Görke stehenden Anteils zu sorgen.“

Es folgten noch einige Worte für Hermann und Anweilungen über kleine Nebenlegats. Aber keiner hörte mehr zu. Thea drückte Annemaries Hand. Die ähriale Familie freute erregt die Köpfe zusammen und drehte dem Notar den Rücken.

Der Notar las, ohne sich zu unterbrechen, mit einem ganz leichten Nicken zu Ende: er war Ähnliches aus seiner Praxis schon gewohnt, so jung er auch noch war.

Als alles vorüber war, trat Julius Görke auf Annemarie zu: „Nehmen Sie das an?“ fragte er. Und seine kalten Fuchsaugen bohrten sich fest in ihre.

„Das Geld?“ fragte Annemarie, noch ganz überwältigt. „Was soll ich mit Geld anfangen? Mit so viel Geld?“

„Wieso Sie verzichten?“ lozte Görke lauernd.

Wie aus weiter Ferne hörte Annemarie die Stimme des Notars: „Bitte, unterschreiben.“ Der Notar gab seine Feder zuerst Annemarie. Sie unterschrieb.

„Nun gestatten Sie mir, zu gratulieren“, sagte der Notar vergnügt. „Es ist doch ein hübsches Vermögen.“

„Jetzt erst begriff Annemarie alles. Und ihr erster Gedanke war: Vohor! und wie sie ihm jetzt heißen konnte, sie, die jetzt nicht mit leeren Händen zu ihm kam. Sie sah nach der Uhr. „Nun ist es aber höchste Zeit.“

„Wir nehmen einen Wagen nach Hause“, sagte Thea. „Er kann ja gleich auf dich warten. Du bist ja jetzt reich.“

„Und ich begleite dich natürlich zum Bahnhof.“ Sie gingen schnell hinaus — an Hermann vorbei, ohne ihn zu sehen.

Hermann stand draußen im Schatten des Vorsturs. Verzweifelt starrte er vor sich hin. Er spürte, wie ihm Schweiß die Schläfe herabrann in den Krügen hinein. Es war alles unnötig gewesen heute nacht . . .

Die Familie ging vorbei, heftig diskutierend. Hermann hörte immer nur den einen Satz: „Man muß es doch anfechten können, wir müssen es Julius sagen.“

Nun waren sie hinaus, Gott sei Dank. Und wieder zeichnete Hermann mit dem Spazierstock Linien auf den Boden, wie vorher, als Annemarie ihn gefragt hatte . . .

Was tue ich nun? Was tue ich nun?

Ein schneller Schritt klang von innen. Die Glasür flog auf. Der Vater kam. Er war schon halb vorbei, als er ihn erkannte.

„Ach, der Erke“, sagte er höhnisch. „Nun, fühlst du dich dementsprechend?“

Hermann raffte sich zusammen und schwang das Stöckchen. „Das kannst du dir wohl denken, Vater, haha.“ Er konnte wirklich lachen . . .

„Ich will nach Neufahrwasser hinaus. Kommst du mit?“

Hermann nickte. Er mochte ihm jetzt nichts abschlagen. Er war auch gar nicht fähig dazu. Er fühlte nur zu deutlich, daß er ohne Willen war. Er dachte immer nur das eine: Es war alles unnötig gewesen heute nacht . . .

„Du siehst aber nicht besonders aus, Junge. Der freudige Schreck sitzt dir wohl in den Gliedern, haha.“

„Haha, ja, wahrhaftig, Vater. Der freudige Schreck.“

Hermann sah totenblos aus.

Vater schien guter Laune. Er sprach von allem, nur nicht vom Testament und dem Geld. Er bot Hermann sogar eine seiner guten Zigarren an.

Allmählich wurde Hermann ruhiger. Dies war ja auch sein Abschiedstag. Morgen ging es fort in die Welt: er hatte schon einen Blick auf der „Marie Sühbels“ angesetzt, die morgen nach Kristiania fuhr. Erst würde er sich die Welt ansehen, die Welt. Nun war er ja reich. Nun konnte er es mit gutem Gewissen tun. — Mit gutem Gewissen? Er lachte plötzlich laut heraus.

Der Vater sah ihn verwundert an, sagte aber nichts.

Nun stiegen sie in Neufahrwasser aus und gingen ins Kontor.

Zur Deckungsvorlage werden die Sätze  
Gas 2,50 M., Elektrizität 5 M.

mit Mehrheit angenommen. Die beantragte wesentliche Verbilligung der Straßenbahnfahrt für die Kinderbewilligten wird mit 91 gegen 87 Stimmen abgelehnt (Wahlrufe auf der linken); die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Arbeiterwohnen wird angenommen, ebenso die Erhöhung des Tarifs auf 1,50 M. Der Wasserpreis bleibt auf 1 M. Die weitere Heraushebung der Gewerbesteuer wird abgelehnt.

Dr. Vohmann (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion nach erfolgter Verlesung der Frage der Erhöhung der Magistratsgehälter nicht mehr in der Lage sei, der Deckungsvorlage zuzustimmen.

Auf Verlangen von Dr. Wenig wird, nachdem der Antrag Heilmann auf Erhöhung des Wasserpreises auf 1,30 gefallt ist, auch über den vom Magistrat beantragten Satz von 1,10 M. noch besonders abgestimmt; das Ergebnis ist Ablehnung.

Nachdem noch die vom Ausschuß beantragten Entschlüsse erörtert sind, findet über die Deckungsfrage im ganzen namentliche Abstimmung statt. Ergebnis: Annahme mit 98 gegen 73 Stimmen. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Schluß 11 Uhr.

### Die ersten Weihnachtsbäume.

Weihnachten kündigt sich allenthalben an. In den Geschäften wegen prunkhafter Auslagen, die Spielwarenlager sind gefüllt mit den verlockendsten Dingen und — die valuarischen Ausländer kaufen, kaufen, kaufen und sie werden dabei von den Deuten unterläßt, die immer und unter allen Umständen verdienen. Wie einladend, wie verführerisch lockt diese Pracht im Scheine elektrischer Lampen, und wie bitter ist es, wenn man verübergehen muß, ohne waschen zu dürfen, auch nur daran zu denken, hieron für seine Lieben etwas erstehen zu können.

Weihnachten — dieser eine Gedanke ist heute bei der großen Masse der Schaffenden keine Freude mehr aus. Es ist nicht mehr das Fest der Freude, es ist das Fest der Sorge und Enttäuschungen. Und nun kommt auch noch die Nachricht, daß die ersten Weihnachtsbäume auf einigen Berliner Bahnhöfen eingetroffen sind.

So sind 15 Waggons auf dem Güterbahnhof in Tempelhof und 10 Waggons auf dem alten Schöneberger Militärbahnhof angekommen. Fleißige Arbeiter haben die Bäume, die augenblicklich noch recht billig sind — je nach der Größe 2,50 bis 5 M. das Stück — im Harz gefaselt, auf Wagen geladen, und mit Hü und Spalt gang's dann zum Bahnhof und danach in die Großstadt. Wenn die Bäume wenigstens noch so verhältnismäßig billig bleiben sollten, wäre es doch noch möglich, unseren Kindern einen Baum aufzuhängen, der, auch wenn er keine Geschenke geben kann, dem Feste Inhalt und Ausdruck verleiht. Für den größten Teil unserer Kinder ist ein Weihnachtsfest ohne Baum kein richtiges Fest. Aber leider, die Hoffnung, daß die Bäume auch dann, wenn Weihnachten näher rückt, nicht teurer werden, ist sehr gering, und damit wird vielen auch die bescheidenste Festesfreude genommen.

### Tarifserhöhung der Hochbahngesellschaft.

Infolge der großen Steigerung der Löhne und der Materialpreise haben sich die Berliner Verkehrsbetriebe bekanntlich genötigt, ihre Tarife entsprechend zu erhöhen. Für die Hochbahn liegen die Anträge bereits der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vor; die Hochbahngesellschaft wird ihre Tarifserhöhung am Donnerstag, den 1. Dezember, einführen und von diesem Tage ab folgende Fahrpreise erheben:

	3. Klasse:	2. Klasse:
bis zum 3. Bahnhof . . .	1,50 M.	1,50 M.
darüber hinaus . . . . .	1,50	1,80

### Zusammentritt der Bezirksversammlungen.

Nach § 15 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin legt sich die Bezirksversammlung aus Stadtverordneten und Bezirksverordneten zusammen. Da Wahlkreis und Bezirke sich decken, gehören die sämtlichen im Wahlkreis gewählten Stadtverordneten gleichzeitig der Bezirksversammlung als Mitglieder an, wo ein Wahlkreis mehrere Bezirke umfaßt, verteilt die Stadtverordnetenversammlung die in diesem Bezirk gewählten Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen. Ferner hat die Stadtverordnetenversammlung die auf die Stadtkreise gewählten Stadtverordneten auf die einzelnen Bezirksversammlungen zu verteilen.

Vor der Verteilung nicht fertiggefunden hat, ist die Bezirksversammlungen nicht ordnungsmäßig zusammengesetzt. Da es jedoch im Interesse der gedeihlichen Fortführung der Geschäfte liegt, wird der Stadtwahlaußschuß mit größter Beschleunigung die Verteilung der Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen vornehmen und die Stadtverordnetenversammlung hierauf beschließen lassen, so daß also damit zu rechnen ist, daß auch die Bezirksversammlungen bald in Tätigkeit treten können.

Unserem Genossen Ferdinand Ewald sind anlässlich seines 75. Geburtstages aus Rah und Fern überaus zahlreiche Beweise der Liebe und Verehrung zuteil geworden. Er bittet alle, die seiner an diesem Tage so freundlich gedenken, auf diesem Wege herzlichsten Dank entgegenzunehmen zu wollen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 29. November:

- 80. Wkt. Adlonberg. 7 1/2 Uhr beim Genossen Gülich Vorhandlung. Alle Funktionäre müssen erscheinen.
- 126. Wkt. Reinickendorf-Ost. 7 Uhr Funktionärstag bei Lindstedt, Reibensstraße 121.
- 84. Wkt. Prenzlauer Berg. Wegen der heutigen öffentlichen Versammlung bei Lindstedt fällt die Übungsstunde aus.

### Frauenveranstaltungen:

83. Wkt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Bohne, Schloßstr. 45. Referent W. Jerosch.

Morgen, Mittwoch, den 30. November:

5. Kreis Friedrichshagen. Gliederbesitz: 7 Uhr in der Schulaula Petersburger Straße 4, Besprechung der Ortsleiter der drei sozialistischen Parteien. Thema: „Das Reichshausgesetz“. Referent: Walter Söhner.

7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Reibens-Oberstraße, Schloßstr. 125/127 (am Ende). Thema: „Terrorismus, Sozialismus, Lebensbewegungen“. Referent: Paul-Hilf-Rohlf, W. d. S.

12. Kreis Köpenick. Mitgliederbesitz, Sonntag. Die Wohlfahrtsausstellung findet nicht statt.

18. Kreis Wedding. 8 Uhr Sitzung des Kreisbildungsausschusses im Friedbergstr. 4, Referent: Ede Roldes.

8. Wkt. (früher 17.) Die Funktionärstagung fällt wegen der allgemeinen Funktionärstagung aus und findet erst am Donnerstag, den 1. Dezember, statt.

14. Wkt. Schöneberg in den bekannten Lokalen.

16. Wkt. 7 1/2 Uhr Schloß bei Gülich, Banstr. 82.

19. Wkt. 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei der Seemannsschule, Götterberger Straße (2. Eingang). Thema: „Der Parteitag zu Berlin“. Referent: Robert Jendel.

21. Wkt. 7 Uhr Rollstuhl in den bekannten Lokalen. Erscheinung Ernst.

24. Wkt. Die Parteigliedernde fallen der Funktionärstagung wegen aus.

43. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Rabe, Fichtstr. 20, außerordentliche Mitgliederversammlung. Thema: „Republikbildung und Realisation“. Referent: Dr. Knack, Jung.

54. Wkt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr im Piratenklub, Goltzstr. 18, Mitgliederversammlung. Thema: „Die Welt“. Referent: Heinrich Wierhöfer.

61. Wkt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr 30. außerordentliche Mitgliederversammlung der Arbeiter, Götterberger Straße. Thema: „Terrorismus, Sozialismus und Sozialdemokratie“. Referent: Abgeordneter Walter-Brückmann, W. d. S.

86. Wkt. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr gemeinschaftlicher Rollstuhl in der Aula der 2. Gemeindefabrik, Friedenstr. 10. Persönliches und schriftliches Erscheinen Pflicht.

# Der Mordprozess um Wachtmeister Buchholz.

Ueber Buchholz' Verhalten vor seinem Tode befragt Wachtmeister Klein, Buchholz habe sich noch am Sonntag vorher mit seiner Frau (die von ihm getrennt lebte) treffen wollen und dem Zeugen habe er noch eine Stunde vor seinem Tode versprochen, ihn am anderen Tage in Spandau zu besuchen.

Wachtmeister Kummel ist zusammen mit Wachtmeister Jaspert in den Verdacht geraten, die Waffenverheimlichung ausgeplaudert und dem Wachtmeister Dräger das Material zur Verfertigung durch die „Rote Fahne“ anzuverleihen zu haben. Kummel und Jaspert wollten sich im November 1920 nachts um 12 Uhr vor einem „Ehrengericht“ verantworten, Kummel weigerte sich aber, um diese Zeit zu erscheinen und das „Ehrengericht“ trat dann abends um 8 Uhr zusammen. Nach dem Ergebnis der „Untersuchung“ erklärte Weyer, daß Jaspert

einen Meineid schwören müsse, um die Hundertschaft zu decken und daß Dräger „verschwinden“ müsse. Kummel verstand das so, daß Dräger umgebracht werden solle. Im Januar 1921 wurden denn Jaspert und Kummel nach anderen Hundertschaften verlegt. Das Verfahren gegen Dräger wurde eingestellt.

Angeklagter Weyer erklärt, er habe an dem „Ehrengericht“ nicht teilgenommen. Er sei erst nachher hinzugekommen und man habe ihm Kummel und Jaspert als die Verräter bezeichnet. Dabei habe er nicht geäußert, Jaspert müsse einen Meineid schwören. Seine eigene Versicherung, daß Dräger „verschwinden“ müsse, gibt Weyer zu. Sie habe nichts weiter bedeutet.

Staatsanwalt Dr. Steinbrecher greift Kummels Aussage auf, daß er selber befürchtet habe, es werde ihm mal etwas passieren; der Zeuge möge sich über den

### Geist der Hundertschaft

äußern. Zeuge Kummel bekundet, daß die Kameraden einander bespitzelten. Auch sei es offenes Geheimnis gewesen, daß Arrestanten geschlagen wurden. Zur Zeit des Kapp-Putsches sei ein Mann nach der Vernehmung über den Tisch gezogen und geschlagen worden, und das sei in jener Zeit oft vorgekommen. Hauptmann Stennes habe ihn über Drägers angeblich radikale Gesinnung ausverfracht. Als Kummel nichts Bestimmtes darüber wußte, sagte Stennes, er sollte tüchtig schimpfen, dann werde Dräger sich schon radikal äußern. Menschlichen der Hundertschaft seien in eine Verkleidung der UER, geschickt worden, wohl um Reibereien hervorzurufen oder einen Demonstrationen auszuregen nach der innerlich der Panzerweisse liegenden Währungsfrage anzugehen. Von einem Bund der „Einmannen“ hat er nur gehört. Hauptmann Stennes hält für „ausgeschiffen“, daß Schupferte eine Demonstration anzuordnen sollten. Der Aufstand könne nur der gewesen sein, einen Demonstrationen zu befehlen und mitnichten die Wertsche zu erschließen. Wachtmeister hinderlich beständig das. Kummel bleibt aber bei seiner Darstellung. Stennes bestreitet, daß er Dräger oder andere bespitzeln lassen wollte. Aber er wolle allerdings wissen, ob er Reibereien zu seinen Reuten haben konnte. Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie habe ihn nicht geführt, und Mitglieder der SPD habe er unter den Werten der Hundertschaft gehabt. In der Waffenverheimlichungsfrage seien seine Leute selber zusammengetreten, um den Denunzianten zu ermitteln. Die Versicherung Kummels und Jasperts erklärt er aus Verleumdung des Feindes.

Die Bekundungen des Wachtmeisters Jaspert bezeugten die Waffenoffiziere. Dem Dräger hat Jaspert erzählt, daß er habe helfen müssen, Waffen auf dem Boden zu verstecken. Er nahm an, daß sie bei Putzungen verwendet werden sollten. Nach der Flucht zum Polizeihofst. Kanowich und hielt erregt den Mannschaften vor, daß durch diese Waffenverheimlichung

### neue Schwierigkeiten bei der Entlaste

entstehen würden. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß dabei manche Kameraden sich gegenüber dem Oberst Kanowich distanzieren konnten. Die Waffen waren in der Stadt vorher beiseite geschafft worden und wurden von Kanowich' Reuten nicht gefunden. Vor dem „Ehrengericht“ hörte Zeuge die Versicherungen vom „Meineid schwören“ und vom „verschwinden“ müssen. Er fürchtete, einmal um die Ecke gebracht oder mindestens verhaften zu werden und schief von da an mit dem Revolver unter dem Rock zu sitzen. In der Vernehmung hatte er nicht den Mut gehabt, alles zu sagen, was er wußte. Der Zeuge äußert sich über die Agenten. Sie hätten die Aufgabe, in die politischen Vereine und in die Kameradschaften hineinzugehen. Manche waren sogar unter falschem Namen organisiert, bestimmte Personen kann er aber nicht nennen. Er deutet auch an, daß Weyer ihn zu einer falschen Aussage habe verleiten wollen. Weyer habe ihn einige Tage nach der Waffenverheimlichung zu sich gerufen und ihm in ungewöhnlich freundlichem Tone gesagt, er solle die Hundertschaft decken, die anderen würden alle hinter ihm stehen, da brauche er nichts zu fürchten. Das wird von Weyer bestritten.

Wachtmeister Dräger ist an, er sei zu seiner eigenen Sicherheit von der Hundertschaft z. B. W. verlegt worden, nachdem er die

Waffenverheimlichung aufgedeckt hatte. Hauptwachtmeister Müller habe mit dem Revolver vor ihm umhergeschritten und gesagt, wenn es in der Hundertschaft nicht paßt, der solle gehen oder es werde etwas passieren. Auch sonst habe er aus dem Verhalten einzelner den Eindruck gehabt, daß man ihn verschwinden lassen wolle, und ein Kamerad habe ihn durch Zustellung eines Zettels mit dem Wort „Vorsicht!“ gewarnt. Weyer findet es verwunderlich, daß Dräger die Wassengeschichte nicht seinem Vorgesetzten, sondern sofort dem Kommando gemeldet habe. Er beschuldigt Dräger des Schwindels.

Eine

### sonderbare Geschichte von einem 5000-Mark-Mantel,

das nach Buchholz' Erkrankung in seiner Kasse gefunden wurde, erzählt Wachtmeister Simon. Weiß-Leutnant Zing den Schlüssel an sich nahm und die Abrechnung erst am nächsten Tage stattfand, hätte auf diesen sich ein Verdacht senken können. Deshalb erfuhr Hauptmann Stennes die 5000 M. aus eigener Tasche. Er bestätigt das und fügt hinzu, daß er sich das Geld dazu borgte. An Zings Ehrlichkeit könne er nicht zweifeln. Zeuge Simon gehört zu den Teilnehmern des „Ehrengerichts“, das die Denunzianten nur habe herausgetragen wollen, damit man sich künftig vor ihnen hüten könnte. Daß Dräger „verschwinden“ müsse, hat er einmal in der Kammer sagen hören, aber als Mordabsicht habe er das nicht aufgefaßt. Er gibt zu, gesagt zu haben, daß in der Hundertschaft rote Leute seien.

Wachtmeister Bentmann ist einer der Verdächtigen, die vor das „Ehrengericht“ geholt wurden. Er wurde wie ein revolutionärer Gefangener behandelt. Wachtmeister Biele bezeichnet Weyer als „meist dumm und brutal“. Einmal sei ein Wachtmeister Stolzenberg von Kameraden verprügelt worden. Weyer bemerkt, dem sei „eine anständige Wacht verpasst“ worden, aber er habe das nicht verlangt. Wachtmeister Breitprecher hat bemerkt, daß Kameraden über ihre Stellung zur Politik ausbelehrt wurden. Er habe auch, daß unbedeutende Leute befristet wurden, doch dachte er dabei nur an Entlassung. Einmal wurde ihm gesagt, in der Hundertschaft könne man unter Umständen schon für fünf Groschen einen finden, der einen anderen totschlägt. Wachtmeister Riet bekundet, daß er, der im Verdacht stand, Berichte an die Presse geliefert zu haben, in seinem Nachhaken einen Zettel „Tod dem Verräter!“ fand. Wachtmeister Kessel schildert das „Ehrengericht“, vor das zur Nachtzeit auch er geschleppt wurde. Mit den Händen auf dem Rücken habe er sich an die Wand stellen müssen, so daß ihn das Licht hell beschien, während die „Richter“ im Dunkeln saßen. Aus Furcht, mißhandelt zu werden, habe er alles bestritten.

Der Schriftführer des Reichsverbandes der Polizeibeamten, Polizeioberwachtmeister Asmus aus Hamburg, hat Ermittlungen auf eigene Faust angesetzt, weil er bei der ihm bekannt gewordenen Gesinnung der rechtsgerichteten Hundertschaft z. B. W. einen politischen Mord annahm. Leute aus der Hundertschaft,

### mit Gammelnäppeln und Pistolen bewaffnet,

seien in deutschlandweite Verarmungen gegangen und hätten nachher deutschlandweite Proschätter sowie Zettel mit Hakenkreuzen angeklebt. Im Herbst 1919 seien sie an die Ostpreußen geschickt worden, wobei Stennes sie angewiesen habe, ihr Schwert „Brandenburg“ sogar vor Kriminalbeamten geheimzuhalten. Ueber den Tod des Wachtmeisters Buchholz befragt, nicht Zeuge an, loben habe er vom Polizeikommissar Bernhardt die schriftliche Mitteilung erhalten, daß ein Oberwachtmeister Nieburg gesehen haben wolle, wie an Buchholz' Leiche jemand eine Pistole hinters und weckel.

Im Zuschauerraum erhebt sich Nieburg und meldet, daß er da sei und dem Prozess von Anfang an beiseite habe. Er schildert, wie er nach dem Schuß nach Zimmer 39 lief und wie hier jemand die Pistole aufnahm und auf seine energische Mahnung sie wieder hinlegte. Wachtmeister Buder meldet sich und gibt an, er sei gleichfalls hinzugekommen und er habe die Pistole aufgehoben.

Aus den Auslagen von Asmus sei noch erwähnt, daß Angeklagter Erren von dem Kommissar Bernhardt, der in der Waffenoffiziere gearbeitet hatte, im April dieses Jahres eine größere Geldsumme gefordert habe, für die er ein Waffenlager im Grunewald zeigen wollte. Man ging mit ihm hinaus, fand aber nichts. Asmus meint, vielleicht habe man Bernhardt nur nach dem Grunewald locken wollen. Der Vorstehende acht auf diese Behauptung nicht ein, und Erren braucht sich nicht darüber zu äußern.

Den Schluß der gestrigen, sehr langen Sitzung bildete die Vernehmung des aus der Strafkasse vorerführten früheren Wachtmeisters Stolzenberg, der wegen Schwindels verurteilt worden ist. Stolzenberg ist nach Aufdeckung seiner Schwindeltaten von Kameraden so geschlagen worden, daß er dreimal ohnmächtig wurde. Seine Frau, daß der Angeklagte Weyer sowie der Zeuge Simon mitgeschossen haben, wird von beiden bestritten.

Heute findet am Vormittag ein Lokaltreffen in der Hundertschaftskafeteria statt.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Dienstag, den 29. November:  
Vereinigung der Freunde von Ostfalen und Westfalen. Abends 7 1/2 Uhr bei Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Anstaltsstraße 24, am Götterberger Platz, öffentlicher Vortragabend. „Christi Himmelfahrt“. Referent: Walter Wier. Preis: 50 Pf. Mitglieder frei.

Mittwoch, den 30. Dezember:  
Verein für Klassenunterricht. G. B. Berlin W. 8, Schillingstraße 1. Abends 7 Uhr, in der Halle für private Fürsorge, Hiltelstraße 41. Vortrag: Herr Prof. Dr. Franz Rosenzweig: „Bewegung und Umwelt in ihrer Bedeutung für schwererziehbare Kinder“. Gäste willkommen.

### Arbeitersport.

#### Schwimmfest der „Freien Schwimmer“.

Daß die reine Freude an der Leistung den Sport fördert, das sah man deutlich beim Schwimmfest der „Freien Schwimmer“ Charlottenburg. Obwohl es weder Geld noch Ehrenpreise zu erringen gab, war das städtische Volkssbad in der Krümmen Straße gänzlich überfüllt. Alles war straff organisiert und das Programm wurde flott abgewickelt. Dem Romensauftritt des Teilnehmers folgte immer sofort der mächtige Klatsch ins Wasser. So merkte auch der Fernstehende, der auf irgendeinem Stuhle stand, daß der Schwimmer zur Stelle war. Auch war für die denkbar beste Abwechslung gesorgt.

U. a. gab es Schwimmen von Schülern. Solche finden sich unter den „Freien Schwimmern“ im Alter von 9-30 Jahren. Ferner erfrachten schöne Reigen das Auge, bei denen Papierblumen so geschicklich geholt wurden, daß sie eben über der Wasserfläche schwebend, keinerlei Bekanntheit mit dem für sie schädlichen Bade machten. „Reine Rosen sind ganz trocken“, so erzählten sich nachher freudestrahelnd die Teilnehmerinnen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Zuschauer dem Springen. Hierbei kann hervorgehoben werden, daß man bei diesen Übungen auch weibliche Teilnehmer sah. Ebenso machten die Taucher ihre Sache gut. Eine recht praktische Seite hat das Rettungsschwimmen. Die Teilnehmer mußten sich vorangeführter Griffe bedienen und die Schwimmer haben eine so gute Ausbildung erfahren, daß sie auch mit Widerstrebenden, sogar man mal, mit Selbstmördern, fertig werden können. Wasserballspiele, das Fußballspiel auf der Wasserfläche, das Fahrenfliegen und der Lampionreiten machten außerdem viel Freude und die ganze Veranstaltung war dazu angetan, der Sache neue Freunde zu gewinnen.

Wetter: Mittwoch mittig. Trocken und kühler, nur teilweise neblig, in den Mittagsstunden ziemlich mild, sonst im Vianenlande strenger, im Rättengebiet mäßiger Frost.

### Aus aller Welt.

Auf Schlittschuhen in den Tod. Auf einem Teich in Trebbichen bei Dessau brachen beim Schlittschuhlaufen zwei dreizehnjährige Knaben ein und ertranken mit einem 19jährigen jungen Mann, der sie retten wollte.

Der Unglücksfall in der Badischen Anilin- und Sodafabrik am 21. November, wobei zwei Arbeiter getötet wurden, ist durch die Untersuchung vollständig aufgeklärt. Als Ursache wurde festgestellt, daß einige Arbeiter, den bestehenden Vorschriften zuwider, eine Sauerstoffkammer mit Wasserstoff füllten wollten. Der in dieser enthaltenen Rest Sauerstoff bildete mit dem einströmenden Wasserstoff Knallgas, wodurch die Explosion hervorgerufen wurde.



